

Preussische Regierung lehnt Unterstützung der kämpfenden Ruhrarbeiter ab

Im Landtag wurde am Mittwoch die Ruhrkampfdebatte fortgesetzt. Die unter sozialdemokratischer Führung stehende Preussische Regierung zu diesem Kampfe steht und wie sie sich insbesondere zu den Unterstützungsanträgen für die ausgesperrten Bergarbeiter einstellt, kennzeichnet die gähnende Kluft zwischen der Regierung und den Unternehmern. Das Interesse der Regierung erschöpfte sich lediglich darin, daß sie den rühmlichst bekannten Staatssekretär Weizsäcker als Vertreter entsandte und durch ihn eine Erklärung abgeben ließ, die darauf hinausläuft, daß der ganze Ruhrkampf die Staatsregierung nicht angeht. Als Landesregierung sei ihr die Möglichkeit der unmittelbaren Einwirkung auf Arbeitsverhältnisse nicht gegeben. Das sei eine Angelegenheit der Reichsregierung. Die Preussische Regierung sei deshalb überhaupt nicht in der Lage, zu den Unterstützungsanträgen Stellung zu nehmen. Die Staatsregierung habe sich mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um alle zur Enttarnung der Lage geeigneten Schritte zu unternehmen, das heißt um die kämpfenden Ruhrarbeiter auch noch am die Beteiligung des Schiedsgerichts zu bringen.

Die Redner der bürgerlichen Parteien beschränkten sich auf belangloses Gerede über die „Reformbedürftigkeit des Schlichtungswesens“ und, soweit es sich um Vertreter der „republikanischen“ Parteien handelte, wandten sie sich gegen die „Untergrabung der Staatsautorität durch die Unternehmern“, für deren Wahrung sich die Reichsregierung einsetzen müsse.

Der sozialdemokratische Redner, Landrat Hansmann, richtete einen nichtsfahenden Appell an das „Gewissen der Unternehmern und der Gerichte“. Während der ganzen Debatte war überhaupt kein Regierungsvertreter anwesend. Deshalb stellten die Kommunisten in einem Ueberraschungsvorstoß den Antrag auf Verberichtigung des Handels- und Wohlhabensministers. Der Vorstoß gelang. Dittler und Schreiber mußten sich im weiteren Verlauf der Sitzung die Rede des Genossen Sobotta, der noch einmal ausführlich den Standpunkt der Kommunisten zum Ruhrkampf darlegte, anhören.

Die juristische Entscheidung ausfallen wird, darüber besteht schon heute kein Zweifel. Im kapitalistischen Staat gibt es für den Arbeiter kein Recht. Die Arbeiterklasse muß sich ihr Recht erst erkämpfen, ihr Recht des Kampfes gegen die Ausbeuter, die Kapitalisten und den kapitalistischen Staat.

Bei dem Kampf in Rheinland-Westfalen widerspiegeln sich die sozialen Gegensätze, die zwischen Kapital und Arbeit sich in Deutschland immer mehr verschärfen, in ihrer ganzen Größe. Der unerhörte Vorstoß der Berggewaltigen gegen die Ruhrarbeiter ist diktiert von den imperialistischen Machtgelüsten des deutschen Unternehmertums. Sie brauchen höhere Profite, um ihre imperialistischen Machtpläne besser verwirklichen zu können. Sie wollen aus den Knochen der Arbeiter herauskochen, was sie brauchen, um ihre Politik für den kommenden imperialistischen Krieg und den Krieg gegen die Sowjetunion in gefestigterem Maße fortsetzen zu können.

Die in allen bisherigen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit, so steht auch in diesem Kampfe die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsbürokratie auf der Seite der Unternehmern. Sie verhindern jedes entschlossene Kampfe der Arbeiterklasse gegen ihre Ausbeuter. Sie schreien nach „Ruhe und Ordnung“, während das Unternehmertum selbstbewußt seine Provokationen fortsetzt und immer neue Arbeitermassen auf die Straße wirft. Im weiteren Verlauf seiner Rede legt sich Genosse Sobotta mit dem Schatzminister Schreiber aneinander und zeigt an einer Reihe von Beispielen, welche Folgen die Ausbeutung im Industriegebiet Rheinland-Westfalen auf die Gesamtheit der Arbeiterklasse hat. Genosse Sobotta schließt seine Ausführungen mit einem Appell an die kämpfenden Ruhrarbeiter, den Kampf in geschlossener, breiter Front mit aller Kraft bis zum herrlichen Ende fortzusetzen. Er ruft die gesamte deutsche Arbeiterklasse auf, die kämpfenden Bergarbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Nach längerer weiterer Debatte wurden alle kommunistischen Unterstützungsanträge, wie auch die Anträge der Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Kommunisten an den Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen.

Am Schluß der Sitzung stellte Genosse Ausländer den Antrag, auf die Tagesordnung der Donnerstagstagung die kommunistischen Anträge wegen des heimlichen Kontratschloßers zu setzen. Genosse Sobotta beantragte, gleichfalls in dieser Sitzung den kommunistischen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses über die Zehnjährigen zu beraten. Beide Anträge wurden von den Sozialdemokraten in Einheitsfront mit allen bürgerlichen abgelehnt.

wieweit der Einfluß des Spartakusbundes und des kommunistischen Jugendverbandes reicht, um Material in die Hand zu bekommen zu können, durch die die kommunistische Jugendbewegung vernichtet werden soll. (Sehr wahr! bei den Komm.) Was den Faschisten, Christen und Sozialisten gestattet ist, das soll den Kommunisten verboten werden. Man will die kommunistischen Eltern zwingen, wenn sie ihre Kinder in ein Ferienlager schicken wollen, sie im Sinne des neudeutschen Imperialismus verzeihen zu lassen. Der Schlichterlaß ist darum ein ungeheurer Eingriff in die Rechte der Eltern, der von der ganzen Arbeiterschaft mit Empörung zurückgewiesen wird. Es ist dabei aber auch festzustellen, daß in Berlin-Reinickendorf der Leiter einer christlichen Schule soviel Anstand besaß, diese Zumutung des Provinzial-Schulkollegiums zurückzuweisen, während der sozialdemokratische Leiter der danebenliegenden „Weltlichen“ Schule die Feststellungen durchführte. Das ist die freiherrliche Jugendberziehung, wie

die Sozialdemokraten sie auffassen. Sie sind auch in der Schule die besten Werkzeuge der kapitalistischen Klassenherrschaft. (Sehr wahr! bei den Komm.)

Noch mögen sie alle machen, was sie wollen, der beste Teil der Jugend wird mit den Kommunisten gehen. Wir sagen Ihnen, daß wir das Wort aus dem kommunistischen Manifest erfüllen werden: Die Kommunisten entreißen die Schule und die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse! (Bravo! bei den Komm.)

Der Kultusminister blieb die Antwort auf die Rede des Genossen Ausländer schuldig. Die Anträge wurden nach längerer Debatte für erledigt erklärt.

Bei Abschluß des Berichtes wird in die Beratung des von den Kommunisten eingebrachten Misstrauensantrages, der vom Genossen Sobotta begründet wird, eingetreten. Wir werden darüber morgen berichten.

Polizeizentralstelle für das Ruhrgebiet eingerichtet

Außerordentliche Polizeimaßnahmen gegen die Kommunisten

Die bürgerlichen Blätter melden: Die Verhängung der Kom m u n i s t e n im Ruhrkampf des Ruhrgebietes wird von Tag zu Tag reger. Das Polizeipräsidium in Essen hat sich auf Grund dieser kommunistischen Propaganda veranlaßt gesehen, eine Zentralstelle für das gesamte Ruhrrevier einzurichten, um die genaue Beobachtung der kommunistischen Tätigkeit zu ermöglichen.

Die außerordentlichen Maßnahmen der Polizei sind ein Beweis, daß unsere Genossen an der Ruhr verstanden haben, erfolgreiche revolutionäre Arbeit zu leisten. Sie werden sich durch die Polizeidrohungen nicht einschüchtern lassen. Der Schlag, der gegen die Kommunisten geplant wird, richtet sich gegen die gesamte Arbeiterklasse im Aussperungsgebiet. Es wird Aufgabe der Arbeiter sein, geschlossen alle Polizeiprovokationen abzuwehren und trotz allem den Kampf siegreich abzuschließen.

lange, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Eisenverarbeitenden Industrie, am Schluß eines Artikels: „Die Eisenverarbeitende Industrie im Lohnkonflikt“:

„Da aber auf allen Seiten, bis weit in die Kreise der Gewerkschaften hinein, grundsätzliche Einigkeit darüber besteht, daß der bisherige circulus vitiosus: Tarifablauf, Lohnerhöhungsforderungen ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage, Halbierung durch den Schlichter, Verbindlichkeitsklärung, nicht weiter gehen kann, so müßte es doch auch möglich sein, sobald die Kampfslage eine Klärung über die beiderseitigen Kräfteverhältnisse herbeigeführt hat, bei gutem Willen und nüchternem Tatsachensinn zu einer Verständigung der Gesamtinteressen zu gelangen.“

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt Mittwoch eine mehrstündige Sitzung ab, in der sie sich mit der politischen Lage, namentlich mit dem Wirtschaftskampf im Westen, beschäftigte. Der Fraktionsvorsitzende Dr. Stegerwald erstattete den einleitenden Bericht über die Lage im Westen und über den Stand der Vermittlungsaussichten. Die Zentrumsfraktion sprach sich für Unterstützung aller auf rasche Beendigung des Kampfes abzielenden Bestrebungen aus.

Wenn demgegenüber der „Vorwärts“ die Vermittlungsbestrebungen frech ablehnet, so beweisen die vorstehenden Tatsachen das Gegenteil. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie rechnet damit, daß das Arbeitsgericht den Schlichter und die Verbindlichkeitsklärung für rechtsgültig erklären wird, und dann ist die Bahn zu einem Kompromiß frei, das die kümmerliche Lohnerhöhung des Schlichters aufhebt. Nach wie vor vertritt der „Vorwärts“ die Arbeiter mit der „einwandfreien“ Rechtslage.

Schwarzmethoden der Unternehmer

Düsseldorf, 9. November. (Fig. Drahtber.) Die 14 Unternehmerverbände des Rheinisch-westfälischen Industriegebietes haben an alle dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angeschlossenen Arbeitgeber ein Rundschreiben gerichtet, in dem sie mitteilen, daß über die Arbeiter im nordwestlichen Gebiet die Einstellungssperre verhängt ist, daß also kein Arbeitgeber, der dem Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller angehört, einen Arbeiter aus dem Tarifgebiet einstellen darf. Dieser Schritt ist auf Veranlassung des Gesamtverbandes geschahen.

Eine Abwürgungsmöglichkeit gesucht

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet aus Essen: „Auch heute sind wieder Gerüchte im Umlauf, daß eine Vermittlungskation eines unparteiischen Dritten bevorstehe, und zwar nennt man den Düsseldorfener Regierungspräsidenten Bergmann, der Reichheitssozialist ist. Unterrichtete Kreise sind überwiegend der Ansicht, daß eine solche Aktion erst Aussicht auf Erfolg haben wird, wenn das Arbeitsgericht in der Frage der Rechtsgültigkeit des Schiedspruchs ein Urteil gefällt hat.“

Und im Handelssteil des „Berliner Tageblatts“ erklärt Karl

Keine Erwerbslosenunterstützung

Berlin, 9. November. Die Berliner Blätter aus Duisburg melden, beschäftigt sich der Spruchauschuß des Duisburger Arbeitsamtes am Donnerstag mit der Klage eines ausgesperrten Metallarbeiters, auf Auszahlung von Erwerbslosenunterstützung. Der Kläger machte geltend, daß es sich bei der Maßnahme der Arbeitgeber um eine Stilllegung von Betriebsbetriebe handele, die den arbeitslosen gewordenen Belegschaftsmitgliedern Anspruch auf Erwerbslosenunterstützung gebe. Nach längerer Beratung entschied der Spruchauschuß auf Ablehnung des Antrages.

Gefühnngsnechtung und Spizelei in der Schule

(Fig. Drahtber.) Berlin, 9. November. Im Landtage gab es am Donnerstag eine schier endlose Debatte bei der Fortsetzung der Beratung der zwei Großen Anträge, die von den Rechtsparteien wegen der Verfassungsfeier der Schüler des Berliner Werner-Siemens-Realgymnasiums und des Bezirksamtes Berlin-Mitte eingebracht waren. Die Partei-Republikaner und Monarchisten überboten sich dabei in demagogischen Reden über „Gewissensfreiheit und Lehrerautorität“ in den preussischen Schulen. In diesem mit hohem Pathos geführten Redekampf über „Gewissens- und Lehrfreiheit“, wie sie sie aufwachen, waren sich aber alle Monarchisten mit den Republikanern — der demokratische Kultusminister Beder eingeschlossen — einig in der Empörung darüber, daß die gemeinsame Verfassungsfeier der Schulen des Bezirksamtes Berlin-Mitte im Luftzuge angeblüht zu „partei-politischen Zwecken mißbraucht“ worden sei, durch „Verteilung eines Flugblattes des Jungspartakusbundes“. Der Kultusminister Beder gab die Versicherung ab, daß so etwas in Zukunft unter allen Umständen verhindert werden würde.

Genosse Ausländer führte in einer ausgezeichneten Rede den heuchlerischen Streik auf seinen wahren Kernpunkt, indem er den Klassencharakter der heutigen Schule aufzeigte. Wie es mit der Geistesfreiheit und der freiherrlichen Jugendberziehung im sozialdemokratisch-republikanisch regierten Klassenstaate bestellt ist, kennzeichnet die Tatsache, daß der demokratische Kultusminister mit dem Abschluß eines Kontrats beschäftigt ist, durch das die höheren Schulen und insbesondere auch die Volksschulen der Einwirkung des Klassen ausgegliedert werden. Die Teilnahme oder Nichtteilnahme der Schüler und Lehrer an den Feiern der Verfassung für die Verfassung dient der Gefühnngsnechtung in der Volksschule, insbesondere dazu, um auszuschnüffeln, welcher Lehrer kommunistisch gesinnt ist. Sozialdemokratische Redner tun sich in dieser Hinsicht am meisten hervor. Die „Gewissensfreiheit“, wie sie der Kultusminister meint, offenbart sich dadurch, daß man die Eltern durch Strafen wegen Schulversäumnisses zwingen will, ihre Kinder an den Demonstrationen für den Klassenstaat teilzunehmen zu lassen.

Schnüffeln und Spizelei in der Schule wird die Krone angelegt durch den Erlaß des Provinzial-Schulkollegiums für Brandenburg und Berlin, nach dem die Lehrer feststellen sollen, wieviel und welche Kinder im Ferienlager Borosjilow bei Hammelspring geweilt haben. Dieser Spizelei kann nur der Sinn haben, festzustellen,

„Die unerschütterliche Zitadelle des Sozialismus“

Siegesjubiläum in der Sowjetunion am 11. Jahrestage der Oktoberrevolution

Moskau, 8. November. („Inprelort.“) Gestern morgen strömten über 750 000 Berkätige aus allen Teilen der Stadt dem roten Platz zu, der das Zentrum der Oktoberfeier war. Auf dem künstlich geschmückten roten Platz haben sich Truppenabteilungen aller Waffengattungen zur Parade gesammelt. Genosse Ussanow eröffnete die Feier mit einer Begrüßung des Moskauer Proletariats an die Rote Armee.

Sobann führte Genosse Kallin aus: „Seit dem ersten Tage des Bestehens der Sowjetmacht prophezeien die Feinde den baldigen Sturz der proletarischen Diktatur. Aber die Sowjetunion war und bleibt die unerschütterte Zitadelle des Sozialismus. Die natürlichen Schwierigkeiten der riesigen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus betrachten die Feinde des Arbeiterstaates als aufzuwandernde Anzeichen. Wägen sie sich damit trösten, das erleichtert ihnen ihren Weg ins Nichts. Mit schäplicher Energie werden wir den sozialistischen Aufbau fortsetzen. Unsere Erzeugnisse sind unerschütterbar. Wir schreiten immer vorwärts auf dem Wege zum endgültigen Siege über den Weltimperialismus.“

Nach seiner Rede nahm Genosse Kallin die Militärparade ab. Die auf den Tribünen an beiden Seiten des Lenin-Mausoleums versammelten Vertreter der Regierung, der Partei und der Gewerkschaften sowie zahlreiches Publikum begrüßten die in vorbildlicher Disziplin vorbeiziehenden Schützen der ersten sozialistischen Republik.

Die Arbeiter vieler Betriebe führten künstlerisch ausgeführte symbolische Darstellungen der Erzeugnisse ihrer Betriebe mit. In vielen Kolonnen sah man geistreiche Karikaturen prominenter Imperialisten, sozialdemokratischer Kaskaden.

In einer Reihe von Städten fand gestern die Gründung zahlreicher neuer Industriebetriebe, sozialer und Kulturinstitutionen statt. In mehreren Betrieben wurde der Siegesparade eingeführt.

„Dinein in die Partei Karl Liebknechts!“

Ausgeschlossener SAJ-Genosse tritt in den KPD ein. Vor einigen Wochen schloß die SAJ in Eisenach unter dem Druck der SPD-Wonzen drei ihrer Mitglieder aus, weil sie gegen den Panzerkreuzer-Kurs und die Koalitionspolitik der SPD rebelliert hatten. Einer der Ausgeschlossenen richtete jetzt folgenden Brief an den KPD in Eisenach:

Eisenach, 20. Oktober 1928.

An den kommunistischen Jugendverband Eisenach.

Wie Ihr erfahren habt, bin ich aus der SAJ ausgeschlossen worden. Ich richte an Euch das Gesuch um Aufnahme in die kommunistische Jugend. Ueber den Grund des Ausschusses folgt... des: Weil ich auf Grund besserer Ueberzeugung die Russlandbege nicht mitmachte, mit anderen Genossen, die gleichfalls ausgeschlossen wurden, die marxistischen Grundzüge immer und immer wieder vorbrachte, in letzter Zeit gegen die Koalition und für das Panzerkreuzer-Verbot eintrat usw., wurde ich als „kommunistenverdächtig“ ausgeschlossen.

Zu gleicher Zeit erkläre ich meinen Austritt aus den Jungsozialisten resp. der SPD, da ich nun endlich die Utopie der „Linken“ aufgegeben, die SPD zu ändern oder zu revolutionieren.

Ich richte an alle ausgeschlossenen und sympathisierenden Jugendgenossen die Aufforderung:

Heraus aus der Partei des organisierten Klassenverrats! Dinein in die kommunistische Jugend! Dinein in die Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts!

Mit proletarischem Gruß gez. Hermann Schilke.

Ein neuer Mittkämpfer! Wir sind überzeugt, daß die Koalitionspolitik und die schändliche Verratspolitik, die die SPD, die reformistische Gewerkschaftsführer gerade jetzt wieder gegen die Hunderttausende von ausgesperrten Metallarbeitern in Nordwest über, der SPD und dem SAJ, noch eine große Anzahl neuer Mittkämpfer bringen werden.

Die Herren des Staates trimpfen auf

„Schwerindustrie gegen den Staat“ — Plumpse Demagogie des „Vorwärts“

Jacob Goldschmidt, Albert Wögl, Fritz Thyssen, Friedrich Fild, Paul Silberberg — diese fünf Namen, die Namen der Mitglieder des innersten Generalstabs des Ruhrkapitals, sollte jeder gute Deutsche kennen. Es sind die Herren des Staates. Es sind die fünf Oberpriester jener ungeheuren Kapitalmaschine, die von der Ruhr aus mit altem Bestand der Grobbanken ganz Deutschland sich untertan zu machen bestrebt sind. Und nun haben die Großen Fild wieder einmal den Befehl zum Losschlagen gegeben: Feuer gegen die 200 000 Ruhrproletarier!

Wer folgt diesem Beispiel? Nur die Unternehmerarmee des Ruhrgebietes? Nein — die Gruppe um Goldschmidt und Wögl vermag für ihre Ausperrungsaktion an der Ruhr die gesamte kapitalistische Klasse zu mobilisieren. Von dem Hauptquartier in Essen werden dirigiert: die Reeder in Hamburg, die Elektrokonzerne in Berlin, die Agrarbanken in Bayern und Ostpreußen, die Feudalkonzerne in Oberschlesien, die Maschinen- und Waggonunternehmer in Mitteldeutschland, die Eisenbahnen im ganzen Reich. Sie alle unterstützen heute dem Oberbefehl der Ruhrkapitalisten und bilden nur Provinzen in deren Reich.

Wir wollen sehen, wie die Herrschaft des Ruhrkapitals in den einzelnen Wirtschaftsgebieten Deutschlands verankert ist und wie heute in jedem Gebiet die führende „einheimische“ Kapitalgruppe nur eine Ortsbesessmännliche und Teilhaberin der Essener Zentrale geworden ist.

Wenn irgendein Teil Deutschlands nach außen hin als unabhängig von dem schwerindustriellen Einfluß erscheint, so ist es

Bayern

Das Ruhrkapital unterordnete sich die bayerische Elektrizität durch seinen eigenen Krafttrupp, das R.W.E. Die Agrarier versuchten, aus dem Machtbereich der Ruhrkönige durch Lostrennung vom Reich und Schaffung einer rein agrarischen „Donaumonarchie“ auszubrechen. Es half nichts — 1923 schlugen alle diese Versuche fehl. Es folgte eine regelrechte, ökonomische und politische Waffentreckung des bayerischen Agrarkapitals und seine Einflügelung in das Ruhrsystem. Heute ist die enge Interessengemeinschaft der beiden Mächte ganz deutlich zu beobachten.

Man braucht sich nur die führende Bank Bayerns, die Bayerische Vereinsbank, anzusehen, deren Kontrolle auch die Bayerische Handelsbank untersteht.

Der Generaldirektor des Stahltrusts Wögl, der Handelsdirektor und Leiter der neuen Unternehmerröschende Paul Reusch, die Krupp-Aufsichtsräte Dr. Luther und E. Ehrenberger — alle diese „Saupreußen“ sitzen in eigener Person in der Vereins- und Handelsbank, beaufsichtigen die Gewährung von Voranschüssen und die Erteilung der Befehle.

Genau die gleiche Transaktion, wie mit Bayern, hat die Schwerindustrie auch mit dem anderen Hauptstift des deutschen Junkertums, Ostelbien, vorgenommen. Hier ging sie allerdings nicht in eigener Person vor, sondern handelte durch einen Kommissionsrat:

Hugenberg

Mit dem Gelde der Ruhrkonzerne baute Hugenberg in Ostdeutschland ein ganzes System von „Landbanken“ und „Siedlungsgesellschaften“ auf: die Ostbank für Handel und Industrie, die Ostdeutsche Privatbank, die Landbank, die Neuland A.-G., die Roggenrentenbank usw. Alle diese Agrarbanken gaben vor, ausschließlich „im Interesse der deutschen Landwirtschaft“ zu arbeiten, zu deren Rettung sie berufen seien. Die wahre Aufgabe der Hugenbergschen Landfinanz bestand jedoch darin, durch Kreditgewährung an die Gutsbesitzer, vor allem aber durch „individuelle Behandlung“ der führenden Großagrarier, die maßgebende Clique des ostelbischen Junkertums in finanzielle Hörigkeit zu der geldgebenden Schwerindustrie zu bringen. Das ist Hugenberg glänzend gelungen.

Doch erst an dem Beispiel

Oberschlesien

dem Lande des klassischen Großgrundbesitzes, sehen wir, wie weit sich das Junkertum unter die Oberhoheit des Essener Monopols begeben hat. Hier schien das Agrarkapital eine eigene großindustrielle Festung geschaffen und sich vom auswärtigen Industriekapital für alle Zeiten unabhängig gemacht zu haben.

Das war vor dem Kriege. Und heute? Die ganze ober-schlesische Schwerindustrie ist vertrußt. Wer sind die Trußherren? — Die Bismarckhütte und die Rattowitzer A.-G. mit ihren Tochterunternehmungen, den Silesia, Friedens- und Waidon-Hütten, gehören unmittelbar dem Ruhrstahltrust und dessen Großaktionär Friedrich Fild. Die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke“ gehören je zur Hälfte dem Ruhrstahltrust und dem Grafen Ballestrem. So sind auch die ober-schlesischen Magnaten in ihrem Lande nur untergeordnete Teilhaber und Beauftragte der Ruhrzentrale geworden, die den größten Teil des Fürstenbesitzes ausgekauft hat.

Wie sieht es aber mit dem Industriezentrum

Berlin?

Wie sieht es mit AEG, Siemens, Bergmann, Knorrbremse, Borsig, Schwarzkopff, Borsig, Bamag, Deutsche Waffen?

Man sieht: Wögl, Thyssen und Silberberg sitzen bei Siemens im Aufsichtsrat, Fild, Otto Wolff, Fahrenhorst, Reusch, Klobbach, von Krupp und Goldschmidt sitzen bei der AEG. im Aufsichtsrat. Der Ruhrtrust ist noch aus den Stinnesschen Zeiten her mit Siemens verbunden, während die AEG erst vor einem Jahr vor dem Stahltrust zurückweichen mußte. Denn die Schwerindustrie, die die Rohstofflieferantin und zugleich die Auftraggeberin der Elektrotechnik ist, die im Besitze eines ungeheuren mobilen Kapitals ist und die auch in den kapitalistischen Parteien und im Regierungsapparat die erste Geige spielt, kann schon durch Preisdruck, durch Materialentziehung und durch

Auspäusen der beiden Elektrokonzerne gegeneinander diesem, wie allen Verarbeitern, ihren Willen aufzwingen.

Sie kontrolliert in

Mitteldeutschland

den Waggon-, Lokomotiv- und Maschinenbaukonzern Pintsch-Hofmann-Busch-Berbau und den Gußstahlkonzern Paul Rohde (Döhlen), in Westdeutschland den Maschinentrust Demag usw. Die in der „A. O.“ versammelte essenerarbeitende Industrie Deutschlands zittert vor dem Ruhrtrust, der durch seinen mittels Kartell, Zoll und Franzosenverträge gesicherten Eisenpreis jederzeit Herr über ihr Leben und Tod ist. Und gibt die Ruhr die Parole: Ausperrung! — aus, so wartet die Verwaltung nur auf den Befehl aus dem Hauptquartier, um auch ihre Truppen in den Sturmangriff gegen die Arbeiterschaft zu werfen.

Westen, Süden, Osten, Zentrum Deutschlands — überall ist die eiserne Ferkel der Herren von Essen zu spüren. Es bleibt nur noch Norden — die

Wasserante

die „alten, freien Hansestädte“, die seit jeher ihre Selbständigkeit im Rahmen des deutschen Gesamtkapitalismus betonten und sich als stolze „Individualisten“ gebärdeten. Die Reederstädte sind heute Großabteilungen des Ruhrkapitals geworden. Der ehrbare Kaufmann von Hamburg leidet die Stiefel Goldschmidts, Wöglers und Daniels, der drei Mächte der Hamburg-Amerika-Linie. Sein Bremer Kollege kriecht zu Kreuze vor den Großaktionären des Norddeutschen Lloyd, den Stahltrustleuten Carp und Fahrenhorst.

Wie den Reedern, so ist es auch den Werftbesitzern der Wasserante ergangen. Die Blohm und Boff steht heute durch die Sapag dem Stahltrust nahe, Reichertig-Deutsche Werft partiiert mit Haniel, Bremer Vulkan mit Thyssen, Janssen und Schmilinsky mit Alköner, während der neue Bremer Werftentwurf Deschimag durch seine jüngsten Angliederungen mit Otto Wolff in Beziehungen getreten ist. So endet die Freiheit des alten deutschen Hansekapitals — selbst die Meere gehen in Besitz des

Ruhrmonopols über. Die Export- und Verkehrsabteilung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. nimmt Besitz von der Wasserante.

Doch mit alledem ist die Geographie des deutschen Monopolkapitalismus nicht erschöpft. Eine große Lücke klafft in dem Wirtschaftsreich des Essener Truhs:

das mitteldeutsche Braunkohlen- und Chemiegebiet

der ökonomische und machtpolitische Standort des deutschen Chemietruffs. Es ist die einzige Kapitalmacht Deutschlands, die sich dem Ruhrtrust nicht unterworfen hat und ihm ebenbürtig ist. Beide haben aber vor kurzem ein enges Bündnis miteinander geschlossen. Darüber wird ein anderes Mal zu berichten sein.

Das Bankkapital hat das Zustandekommen dieser Großen Koalition der beiden Monopolltrusts erzwungen. Die politischen Parteien des Bürgertums, die Regierung, das Parlament und der Staatsapparat werden von ihr kontrolliert.

Dieser ganze Machtapparat wirt sich gegen die Arbeiterschaft. Die Unternehmerangriffe in der Metallindustrie, in der Schwerindustrie, in der Bergindustrie, in der Textilindustrie — Berlin, Dresden, Hamburg, M.-Glabach, Essen — es sind nur die Teilvorläufer einer einheitlichen Armee, die einen gemeinsamen Generalstab hat, die ihren Krieg nach einem einheitlichen strategischen Plan führt. Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen! Welche Strategie stellt demgegenüber die angegriffene deutsche Arbeiterschaft auf? Wo ist der einheitliche Kampfplan, die einheitliche Kampffraktion der proletarischen Divisionen?

Nur die Diktatur des Proletariats kann die Diktatur des Schwerindustriellen, des Finanzkapitals aufheben. Heute, die inmitten dieses gigantischen Zusammenstoßes der Klassen von einer „Wirtschaftsdemokratie“ wimmern und von einem „Kampf“ des kapitalistischen Staates gegen die Schwerindustriellen phantastieren, sind entweder blind oder sie sind Verleumdung, die den Befreiungskrieg des Proletariats in falsche Bahnen drängen wollen. Die Blinden haben in einem Krieg nichts zu suchen. Den Verleumdern muß das Handwerk gelegt werden. — — — — —

Erfolge und Erwartungen der Ruhrindustriellen

„Wir kämpfen nicht gegen die Staatsautorität, wir kämpfen nicht gegen den Grundgedanken des Schlichtungswesens, wir kämpfen nicht gegen die Institution der Gewerkschaften. Vielmehr kämpfen wir in vollem Bewußtsein unserer Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus und der deutschen Exportfähigkeit, für die Rentabilität der Wirtschaft und damit für die Weiterführung unserer Betriebe.“

Das sind die Schlusssätze der Kundgebung, die die Ruhrindustriellen zur Rechtfertigung ihres Vorstoßes veröffentlicht haben.

Es wird ihnen jeder Arbeiter gern glauben, daß sie nicht gegen das Schlichtungswesen und gegen die „Institution“ der Gewerkschaften, soweit sie von den Reformisten geführt werden, kämpfen wollen. Haben doch beide bewiesen, daß sie für die Unternehmer sehr nützlich sein können. Das hat sich in der Vergangenheit bereits für die Unternehmer ganz außerordentlich bewährt. Die nachstehenden Tabellen mit den wichtigsten Daten der größten Konzerne zeigen, daß die Ruhrindustriellen eine ausgezeichnete „Rentabilität“ zu verzeichnen haben. So ausgezeichnet, daß die Elendslage der Arbeiter davon um so mehr abhinkt.

Stösch-Konzern

(Die Produktionszahlen in Millionen Tonnen)

	1925	1926	1927
Reingewinne	777 931,— M.	2,9 Mill. M.	4,9 Mill. M.
Produktion:			
Kohle	1,7	1,7	1,88
Koks	0,69	0,65	0,70
Roheisen	0,58	0,51	0,67
Roßstahl	0,74	0,59	0,86
Arbeiter	21 200	18 799	18 374

Krupp

	1925	1926	1927
Reingewinne	15,3 Mill. M.	2,1 Mill. M.	13,0 Mill. M.
(Verlust)		(Verlust)	(Gewinn)
Produktion:			
Kohle	6,4	6,5	7,2
Koks	2,1	1,9	2,3
Roheisen	1,10	1,12	1,34
Roßstahl	1,38	1,45	1,68
Arbeiter	65 145	46 282	66 327

Mannesmann

	1925	1926	1927
Reingewinne	2,7 Mill. M.	8,8 M. M.	15,8 Mill. M.
Produktion:			
Kohle	3,6	3,9	4,1
Koks	0,78	0,67	0,77
Arbeiter	26 932	24 200	23 323

Russische Eisenwerke

	1925	1926	1927
Reingewinne	315 880 M.	377 140 M.	1 021 000 M.
Umsatz	34 Mill.	32,6 Mill.	41,6 Mill.
Arbeiter	5 056	5 000	6 389

Die Zahlen zeigen bei sämtlichen Firmen einen ansehnlichen Gewinn, eine Steigerung der Produktionsziffern und eine Herabsetzung der Anzahl der Arbeiter auf.

Bei den Vereinigten Stahlwerken zeigt sich ganz genau dasselbe Bild. Im ersten Halbjahr 1926 betrug der

Reingewinn 26,46 Millionen, im Jahre 1926/27 52,94 Millionen Mark.

Diese Erfolge der Ruhrindustriellen in den letzten Jahren genügen ihnen immer noch nicht. Haben die reformistischen Gewerkschaftsführer während der vorjährigen Hochkonjunktur ihren Teil dazu durch Nichtausnützung der Hochkonjunktur für Lohn- und Arbeitszeitkämpfe beigetragen, so glauben gegenwärtig die Ruhrindustriellen ihrerseits, zum Angriff überzugehen und dabei sich um so mehr auf die Rolle der reformistischen Führer als Saboteure aktiver Streikämpfe, deren Ausdehnung nicht von den Unternehmern, sondern von den Arbeitern zu bestimmen wäre, verlassen zu können. Wenn die Arbeiterschaft geschlossen den Kampf aufnehmen und auf andere lebenswichtige Industrien und Betriebe ausdehnen würde, dann würden die Ruhrindustriellen sich sehr schnell hinter dem ihnen so günstigen und von der Arbeiterschaft allgemein abgelehnten Schiedspruch verstecken; denn dieser gibt nicht einmal einen Ausgleich für die neue Teuerungswelle.

Die fortschreitende Teuerung

Seit Herbst vergangenen Jahres haben sämtliche Industrieartelle und Industrieunternehmen in Deutschland eine Reihe von Preiserhöhungen vorgenommen. In der vorvergangenen Zeit sind die Preise nicht etwa gesunken, sondern haben sich nur wenig verändert. Deswegen ergibt sich heute eine um so bedeutendere Verteuerung, die sämtliche relativ geringfügigen Preiserhöhungen im laufenden Jahre überholt hat. Das wird durch folgende Statistik veranschaulicht.

Die Steigerung der industriellen Fertigwarenpreise (Im Großhandel 1913 = 100)

	Mai 1927	Sept. 1927	Mai 1928	Sept. 1928
Produktionsmittel:				
Landwirtsch. totes Inv.	132,1	134,7	138,2	144,3
Elektromotore	119,9	121,4	127,8	135,5
gewerbl. Arbeitsmash.	138,9	139,9	144,0	145,3
Handwerkzeug	117,8	118,0	125,2	126,3
Maschinen insgesamt	135,1	136,3	140,0	142,1
Konsumgüter:				
Glas, Porzellan und Steingutwaren	157,6	160,6	167,4	172,0
Eisen- und Stahlwaren	143,8	143,5	153,4	158,2
Hauswäsche	173,8	173,4	186,8	184,2
Textilwaren	162,0	162,7	181,2	181,3
Schuhzeug	130,7	140,3	162,3	161,8

In den letzten Monaten sind vor allem die Produktionsmittelpreise gestiegen. Auch ein Erfolg der Rationalisierungsmaßnahmen!

Der amtliche Lebenshaltungsindeks ist von Mai bis Sept. 1927 von 146,5 auf 147,1 und bis Sept. 1928 weiter auf 152,3 gestiegen. Die weit stärkere Steigerung der Großhandelspreise ist der Vorläufer einer weiteren Verteuerung der Kleinhandelspreise. Dies ist um so mehr zu erwarten, weil die wichtigsten Industriewaren, die Eisen- und Stahlfabrikate, in den nächsten Wochen abermals eine erhebliche Preiserhöhung im Preise erfahren sollen.

3 MÄNNTAGE

Drei Großverkaufstage

in Wintermänteln, so heißt die Parole! Sensationell niedrige Preise sind die Vorbedingung, die wir dafür geschaffen haben! Eine ganz ungewöhnliche, einzigartige Gelegenheit, Ihren neuen Wintermantel zu einem ungeahnt niedrigen Preis kaufen zu können, das ist das Ergebnis für Sie! Nutzen Sie die Gelegenheit aus! — Aber hier gilt kein Zögern — hier heißt's zugreifen!

Nur soweit Vorrat!

Nicht an Wiederverkäufer!

Jugendlicher Wintermantel mit schönem Plüschkragen aus Stoffen englischer Art 9⁷⁵	Jugendlicher Wintermantel mit großer Plüschgarnitur 12⁷⁵	Fascher Wintermantel einfarbig Flausch, Kragen und Stulpen mit Plüsch besetzt 15⁷⁵	Fasche Wintermäntel aus Ottomane und Stoffen englischer Art mit großem Plüschkragen und Stulpen 19⁷⁵	Flotter Jugdl. Mantel modern gemusterter Stoff, leichte Sportform, auch in Ottomane mit Plüsch besetzt 24⁷⁵	Frauenmantel aus Ottomane mit Pelzkragen und 1/4 auf Füller, Asirachon-Mantel auf Zwischenfüßer 29⁷⁵
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

KAUFHAUS ZUM STRAUS

LENDEMANN & CO. A.G. ★ GÖRLITZ

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

Die Herzogin
von Chiago

Musik von
Emerich Kaban

Sonntag
nachm. 15^{1/2} Uhr

Prinzessin
Si-Si-Pa

Dienstag 20 Uhr
zum 25. Male!

Die Herzogin
von Chiago

Möbel
zu bill. Preisen
auf bestmögliche
Teilzahlung
Gez. 1903
Möbeler
Breslau
Kreuzstr. 2

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnab., den 10. 11.
bis Freitag, den 16. 11.
täglich 20 Uhr
Kater Lampe
Sonnabend, d. 17. 11.
20.15 Uhr
Zum 1. Male
Oktobertag
Sonntag, 11. 11., 15^{1/2} Uhr
Der Prozeß Mary Dugan
Dienstag, den 13. 11.
15^{1/2} Uhr
Arm wie eine Kirchenmaus

Thalia-Theater

Von Sonnabend, d. 10. 11.
bis Freitag, den 16. 11.
täglich 20.15 Uhr
Wie es euch gefällt
Sonntag, den 17. 11.
20.15 Uhr
Wiedererfindung!
Der Prozeß Mary Dugan
Sonntag, den 11. 11.
15^{1/2} Uhr
zu kleinen Preisen
Arm wie eine Kirchenmaus

Stadt-Theater Breslau

(Opernhaus)
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie H 5
Der Bassenmacher
Sonnabend, 19.30 Uhr
Garmen
Sonntag, 20 Uhr
Erstaufführung
Die Ägyptische Helena
von Richard Strauss

Genossen

werbt für
Eure Presse!

Sorgen des Alltags

vergessen machen durch unsere
Lustspielwoche
mit
Buster Keaton
in
Wasserhat Balken
Außerdem:
2 vorzügliche Lustspiele
Jugendliche haben Zutritt
Musik: M. Herrmann
Täglich: 5, 7, 9 Uhr
Sonntags ab 3 Uhr nachmittags
Große Familien-
und Jugend-Vorstellung
Promenaden-Theater
am Domestikuerplatz

Sie verdienen täglich

10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Klette, Seid-
wand, Hermelfutter
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware

Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau

Feinrichstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißgerbergasse 43

Rind- u. Schweinefleischerei
Ernst Heide
Breslau, Markthalle Bitterplatz
Stand 27/28

Otto Klaobig, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

**Hüte und Mützen
Herren-Artikel**
kaufen Sie am besten bei
Felix Eckert
Klosterstraße 45, am Mammutplatz

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd. 1.00—1.10
Schweinehälften	" 1.40
Schweine-Rotelet	" 1.20
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd. 1.10—1.30
Suppenfleisch	" 0.80—1.00
Kalbsteck	" 1.00—1.20
Kalbsteck o. Knoch.	" 1.30—1.50
Ranchfleisch	" 1.30
Büffelsteck	" 1.10—1.30
Frischer Speck (deutsch)	" 1.20
Ausgebr. Schweinefett (deutsch)	" 1.10
Gulachfleisch	Pfd. 0.80—1.00
Gehacktes	von 0.80 an
Lungenfett	" 1.20
Gepökelte Gänse	" 1.10
Rancherspeck (deutsch)	Pfd. 1.35
Gehackter Schinken	1/4 Pfd. 0.55
Rohr Schinken	1/4 Pfd. 0.55
Ranchschinken	1/4 Pfd. 0.55
Preßkopf u. Mortabella	1/4 " 0.25
Mettwurst, Braunschweiger	1/4 " 0.25
Leberwurst	1/4 Pfd. 0.20—0.40
Polnische	Pfd. 0.80—1.00
Knoblauchwurst	Pfd. 0.60—0.80
Feinster Aufschnitt	1/4 Pfd. 0.40

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurstwaren zu billigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß
Fleischer und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

Nähmaschinen

Anter / Adler / Dürkopp / Rayser
Knopfloch- und Waschen-Maschinen für
Schneider und Schuhmacher
Fahrräder, Sprechapparate
Reparatur-Werkstatt
Georg Greulich
Breslau, mit Hammerstr. 11 u. 62
Kleine Anzahlung
wöchentliche Abzahlung 2.50 Mark.

Fahrräder Kinderwagen Sprechapparate

Beste Fabrikate! Niedrigste Preise!
Bequeme Teilzahlung!
Hesse
Breslau, Geis., Gde. Alexanderstr.

Kaufhaus Bach & Bladmam
Breslau 23 :: Herdainsstr. 44
Filiale: Brockau, Güntherstr. 19
Sämtliche Bedarfsware in größter Auswahl
zu billigsten Preisen!

Max Schönfelder

Feinstoff- u. Lebensmittel-Großhandlung
Breslau 1 :: Albrechtstraße 56

REIS!

Die Erntemeldungen aus allen Teilen Chinas bezeugen, daß der Reis, das hauptsächlichste Nahrungsmittel Chinas, unter der Trockenheit stark gelitten hat, und daß aus diesem Grunde die diesjährige Ernte nur etwa 65 Prozent der Normalernte beträgt. Dieser Mengenausfall bleibt nicht ohne Einfluß auf die weitere Entwicklung der Reispreise.

Das „Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928“ weist für den heimischen Bedarf einen wachsenden Reiskonsum aus; er betrug im Jahre 1926 3 828 000 Zentner, in 1927 4 208 000 Zentner, und wird, wie errechnet, in 1928 auf 5 640 000 Zentner steigen.

Vorzugsweise biete ich noch an:

	1	5	10	100 Pfd.
Buchreis großkörnig	0,20	0,95	1,85	18,—
Bollreis	0,22	1,05	2,—	19,—
Aracan-Vorlauf-Reis	0,25	1,20	2,30	22,—
Moulmain, hochfein, Tafel-Reis	0,30	1,40	2,70	26,—
Feinst Patna-Tafel-Reis	0,35	1,65	3,20	30,—
Fein. Kronen-Patna-Vorl.-Reis	0,40	1,90	3,60	34,—
Feinst. Carolina-Reis	0,55	2,65	5,20	

Matr-Reis, ungeschält,
wegen seines hohen Nährwertes besond. empfohlen. 0,40 1,90 3,60

Zurzeit präpariert auch wieder das außerordentl. ergiebige
Corned Beef,
über dessen vortrefflichen Geschmack sich höchstens ein
Zungenblinder täuschen könnte.
Originalkisten, enth. 12 Dosen à 6 Pfd. engl. Gew. M. 56,—
1 Originaldose 6 Pfd. engl. Gewicht M. 4,95
ausgeschält, das deutsche Pfd. schieres Fleisch nur M. 0,95
die 1-Pfd.-Dose engl. Gewicht 92 Pfennige
Goldener Dauerwurst je Pfd. M. 1,28
5 Pfund M. 6,25, 10 Pfund M. 12,0

Spezialität Kur-Schinken
34 Pfd. 60 Pfg., Dose von ca. 12 Pfd. brutto je Pfd. 1,90
Prima amerik. biden Rauchspeck je Pfund M. 1,18

Pracht-Büchlinge
je Pfund 40 Pfg., Kiste mit ca. 5 Pfund M. 1,90
Erdbeeren prima prima je Pfund M. 0,50

Gemischtes Badobit
nach eigenem altbewährten Rezept zuzammengesetzt:
Marle Eiblat je Pfund M. 0,50
" zum Schlei. Himmelreich je Pfund M. 0,60
" Californische Mischung je Pfund M. 0,80
" Californische Edel-Mischung je Pfund M. 1,—

Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei — Tee-Import
Barrn-Verandhaus und Weingroßhandlung
Breslau 1 :: Albrechtstraße 56

9. November 1918 - die Geburtsstunde der deutschen Revolution

Von Ernst Thälmann

Viereinhalb Jahre imperialistischer Massenmord hatten Europa in eine Hölle verwandelt. Blutströme von Millionen Toten, Millionen Vermundeten bedeckten die Erde. Namenloses Elend, Seuchen, Hungerstnot wütheten viereinhalb Kriegsjahre hindurch unter den Massen der werktätigen Bevölkerung, während in den Hauptquartieren geschlemmt und gepörscht wurde, während die Kriegsgewinnler, die Industriekapitäne und Rüstungsfabrikanten immer fettere Dividenden einstrichen.

Viereinhalb Kriegsjahre, in denen durch die schamlose sozialpatriotische Propaganda der SPD die Massen als Kanonenfutter für die imperialistischen Generale mißbraucht werden konnten. Viereinhalb Kriegsjahre, während deren eine kleine Schar unter Führung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Leo Jogisches und Franz Mehrings als einzige in Deutschland das Banner des Sozialismus, das Banner des revolutionären Klassenkampfes, hochhielt und unermüdet unter den Massen für die proletarische Revolution, für die revolutionäre Beendigung des imperialistischen Krieges kämpfte. 4 1/2 Jahre, in denen nach dem schmachvollen Ueberlaufen der SPD am 4. August 1914 ins Lager des wilhelminischen Imperialismus nur selten der Funke des revolutionären Klassenkampfes der deutschen Arbeiter wieder erglühete: am 1. Mai 1916, als Karl Liebknecht in Berlin seine Demonstration gegen die Regierung und gegen den Krieg durchführte und dafür auf Jahre ins Zuchthaus ging, im Januar 1918, als im Gefolge der großen russischen Revolution die Munitionsarbeiterstreiks in Deutschland und Oesterreich ausbrachen, als in Berlin Massendemonstrationen im Wedding und Moabit stattfanden, die ersten Zusammenstöße der Proleten mit der Polizei erfolgten, Straßenbahnwagen umgestürzt wurden und das Feuer der Revolution nur noch mühsam durch den schmachvollen Verrat der Ebert und Konsorten erstickt werden konnte. Dann aber, im November 1918, ließen sich die viereinhalb Jahre lang betrogenen, gequälten Massen nicht länger händigen. In Kiel begann es. Der Matrosenaufstand in den ersten Novembertagen war der Auftakt. Noch ganz unklar, verworren, ohne bewußte Zielsetzung, nahmen die Matrosen die Macht in ihre Hände, hielten die rote Fahne. Hamburg und München folgten. Zumal in Hamburg trug die Bewegung vom ersten Tage an offen proletarischen Charakter. Es waren die Massen der Werftarbeiter, die sich mit den Soldaten und Matrosen verbündeten und den revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat Hamburgs, das Organ zur Führung des proletarischen Aufstandes, schufen, das freilich nur wenige Tage bestand.

Berlin selbst folgte am 9. November. Heute vor zehn Jahren marschierten unter der Führung des Spartakus-Bundes, unter der Führung Karl Liebknechts, die Arbeiter zu den Kasernen, entwaffneten das Militär, verbündeten sich. Rote Fahnen wehten über dem Schloß, über dem Reichstag, über Berlin. Im Gebäude der Reichskanzlei aber, wo eben noch der letzte Kriegskanzler Wilhelms II., Prinz Max von Baden, mit seinen kaiserlichen Staatssekretären Scheidemann und Gustav Bauer residiert hatte, taten sich dieselben Ebert-Scheidemann-Landsberg auf. Sie, die noch am Morgen des 9. Novembers im „Vorwärts“ die Arbeiter zur Ruhe, zum Verbleiben in den Betrieben aufgerufen hatten, die vier Tage vorher ihren Freund Noske nach Kiel entsandten, um die dortige Matrosenbewegung abzuwürgen, die tagaus, tagein zum „Durchhalten“, zum „Kriegsanleihezeichnen“ aufriefen, die noch eine Woche zuvor Wilhelm II. selber und am 9. November noch die Hohenzollern-Dynastie auf dem Thron zu halten versuchten, — die gleichen Tölpel der proletarischen Revolution taten sich zusammen, sie machten mit den schwankenden Spitzen der USP-Führung ihre „Revolutionärsregierung“ auf.

Wie war die Situation? Die objektive Lage erfüllte alle Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution, wie sie der Führer des Weltproletariats, Lenin, als Voraussetzungen zur Errichtung der proletarischen Herrschaft gekennzeichnet hat. Die herrschende Klasse und ihr Staatsapparat war durch die militärischen Niederlagen des Weltkrieges jermüht, ihre Machtinstrumente waren unbrauchbar geworden, das Militär und die Polizei konnten der Revolution keinen Widerstand mehr leisten. Wenn es auf den Willen der Generale, der Offizierskorps angekommen wäre, hätten am 9. November in Berlin Maschinengewehre gefnattert, um die proletarischen Massen von der Straße zu vertreiben. Die Maschinengewehre hatte man schon tagelang in den amtlischen Gebäuden, in den Kellern und Hausfluren, zur Aufstellung gebracht. Aber es fehlten die Soldaten, die bereit gewesen wären, diese Maschinengewehre gegen die proletarische Revolution zu gebrauchen.

Auf der anderen Seite hatte die furchtbare Krise des viereinhalbjährigen Krieges jene Zersetzung in Lager der herrschenden Klasse und vor allem der Mittelschichten bewirkt, die eine weitere Vorbedingung für den Sieg der proletarischen Revolution bildeten. Die kleinbürgerlichen Massen, das Land-

voll, Handwerker- und Kleingewerbetreibende, bildeten nicht mehr treue Bundesgenossen des bürgerlich-kapitalistischen Staates, geschweige der Junter oder der Monarchie. Sie hatten es satt. Sie waren bereit, dem Kampf der Arbeiter keinen aktiven Widerstand zu leisten, eher noch, ihn zu unterstützen.

Und die Arbeiterklasse? Nun, die Proleten im Waffenrod, die Proleten und Arbeiterfrauen an den Drehbänken der Munitionsfabriken und in den Giftkellern der chemischen Kriegsbetriebe, brängten in überwältigender Mehrheit ins Lager der proletarischen Revolution. Nicht nur Beendigung dieses einmaligen Krieges, nein Beseitigung des ganzen kapitalistischen Systems, Errichtung des Sozialismus auf den Trümmern der bankrotteten bürgerlichen Gesellschaft — das war das Ziel, das



den breitesten Massen vor Augen schwebte, wenn auch Verwirrenheit, Unsicherheit, Unklarheit über den Weg zu diesem Ziel die Mehrheit der deutschen Arbeiter noch beherrschte.

So war, gemessen nach der objektiven Klassensituation, den objektiven Kräfteverhältnissen, die Lage reif zum Siege der deutschen Revolution. Und als am 9. November die Arbeiter sich der Panzerautomobile des Militarismus bemächtigten, trugen sie in sich das stolze Gefühl, den Sieg dieser Revolution mit ihrer Tat, mit ihrem revolutionären Kampfwillen, mit ihrer revolutionären Kühnheit unverbrüchlich zu besiegeln.

Und dennoch gelang es noch einmal, die Massen des deutschen Proletariats um die Früchte des 9. November zu betrügen. Die niedergeworfene Bourgeoisie sammelte ihre Kräfte wieder, ersticht durch das blutige Schwert ihres Söldners Noske und der übrigen sozialdemokratischen Henker des deutschen Proletariats den Freiheitswillen und den Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse in Strömen kostbarsten proletarischen Blutes. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg fielen als Opfer. Mit ihnen Leo Jogisches, mit ihnen Leviné, mit ihnen Eyll und Hunderte, Tausende und aber Tausende namenloser Helden der proletarischen Revolution, die alle, wie Karl und Rosa, auf ihrem Posten und nach ihrem Können ihr Bestes, ihr Alles hergaben für die Sache ihrer Klasse. Ihnen allen werden wir — wird das deutsche Proletariat und das Weltproletariat unverbrüchliche Treue bewahren!

Wie war es möglich, daß trotz aller Voraussetzungen des proletarischen Sieges in den objektiven Kräfteverhältnissen der Revolution noch einmal die Bourgeoisie ihre morsch gewordene brüchige Klassenherrschaft erneuern, festigen und das Proletariat niederwerfen konnte?

Die Tragödie der deutschen Revolution im Jahre 1918, in den Januarämpfen 1919, in den Kämpfen nach dem Rapp-Butsch 1920, den Märzämpfen 1921, bis zur letzten Welle der akuten revolutionären Situation, dieser ersten Periode im Oktober 1923 — sie bestand in dem Zwiespalt zwischen den objektiven ausgereiften revolutionären Verhältnissen einerseits und der subjektiven Schwäche des deutschen Proletariats, her-

vorgerufen durch das Fehlen einer zielklaren bolschewistischen Partei, andererseits. An der Jahreswende 1918/19 waren die Massen bereit zum Kampf, aber es fehlte die zielklare Führerin, die diesen Kampf hätte organisiert, den Bluthund Noske und Ebert und Scheidemann samt ihren Generalen und weißen Gardes hätte durch die planvolle Organisation und Durchführung des bewaffneten Aufstandes zerschmettern und ausrotten können. Nicht der revolutionäre Instinkt, nicht das unvergleichliche Heldentum der einzelnen Führer des Spartakus-Bundes, der hingemordeten Gründer unserer Partei, konnte den Bestand einer eisernen, im Feuer der revolutionären Erfahrungs zu Stahl gehärteten Avantgarde erlesen. Karl und Rosa wurden gerade deshalb zu Opfern der barbarischen sozialdemokratischen Konterrevolution, zu Opfern der Noske, Ebert und Scheidemann und ihrer gefausten Meuchelmörder, weil sie noch nicht dem deutschen Proletariat die Waffe hatten schmeißen können, die das russische Proletariat zum Siege befähigte: die bolschewistische Partei!

Trotz alledem! Diese Worte waren das revolutionäre Kampfbekenntnis, mit dem Karl Liebknecht am Tage des blutigen Sieges der Konterrevolution — einen Tag vor seinem Tode — seinen letzten Kampfruf im Zentralorgan der eben gegründeten KPD — in der „Roten Fahne“ beendete.

Trotz alledem! Das war die Losung, unter der die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats das Erbe Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs erhielt und fortentwickelte: das Erbe aller sozialistischen Vorkämpfer der deutschen Arbeiterbewegung der Vergangenheit, das Erbe des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, das Erbe des engsten Bündnisses mit dem Staate der siegreichen proletarischen Revolution, mit Sowjetrußland, das Erbe des unermüdeten, nie erlahmenden, aus Schlägen und Niederlagen immer wieder sich erhebenden Kampfes für die deutsche Revolution, für Sowjetdeutschland!

Zehn Jahre nach dem 9. November 1918: Der ersten Periode der revolutionären Kämpfe, der sich immer wieder akut revolutionär zuspitzenden Situation in den Jahren 1919 bis 1923, folgte die Periode einer gewissen Stabilisierung des Kapitalismus, nachdem auch der Oktober 1923 durch die Unruhe unserer Partei, durch die schweren Fehler der damaligen Führung Brandler und Thalheimer, noch einen letzten Triumph der bürgerlichen Konterrevolution und des sozialdemokratischen Verrats gebracht hatte.

Aber wie in den Wellen der Revolution blieb auch in der Periode einer gewissen Flaute die Klassenrevolutionäre Bewegung der deutschen Arbeiter niemals stehen. Schwächen und Fehler wurden im Prozeß der Selbstverständigung, der Klärung und Reifung unserer Partei überwunden. Nach dem Vorbild der ersten siegreichen proletarischen Partei der Welt, der Partei Lenins, rang sich auch die kommunistische Bewegung Deutschlands zu größerer Klarheit, bolschewistischem Zielbewußtsein und einem höheren Grad der revolutionären Erfahrungen durch.

Zehn Jahre, an deren Ende zwar die unerhörte Hungeroffenensive des deutschen Truistkapitals, die vollständige Anechtung, Verelendung und Entwürdigung der deutschen Proletariat steht, — während gerade elf Jahre nach dem siegreichen Aufstand des russischen Proletariats, elf Jahre Arbeiterherrschaft, elf Jahre proletarische Diktatur ein Riesenummaß der positiven Erfolge des sozialistischen Aufbaus zeigen. Zehn Jahre aber zugleich, die auch für das deutsche Proletariat nicht vergebens vorübergingen, in denen es sich seine kommunistische Partei, seine Kampftruppe für die kommende zweite Revolution, für den Kampf um die deutsche Sowjetrepublik erschaffen hat!

Das erste Jahrzehnt nach der Geburtsstunde der deutschen Revolution geht zu Ende, und wir sehen vor uns den Beginn einer neuen Periode revolutionärer Aktivität. Wirtschaftskämpfe in ganz Europa und vor allem in Deutschland, die Millionen Arbeiter umfassen und den ersten Durchbruch durch das angefaulte, früher oder später durch seine inneren Widersprüche zum Zusammenbruch verdamnte System der kapitalistischen Stabilisierung darstellen.

Die Zehntausende kämpfender Werftarbeiter, die Hunderttausende der Hüttenarbeiter des Ruhrgebietes, die heute gegen die Hungerpreiße des Kapitals aufstehen, zeigen die neue Situation. Und zugleich infolge der immer schärferen Zuspitzung der äußeren Gegensätze der imperialistischen Mächte brennender, aktueller, näher denn je die Gefahr des imperialistischen Krieges, mit dem das sozialistische Vaterland aller Arbeiter der Welt, die Sowjetunion, bedroht wird.

In dieser neuen Periode einer sich stetig verschärfenden Zuspitzung der Klassengegensätze, einer sich täglich steigenden Gefahr des imperialistischen Krieges, schwören wir deutsche Kommunisten erneut den Treueschwur auf das Vermächtnis der proletarischen Helden, den Treueschwur auf das Werk Lenins, den Treueschwur auf das Andenken Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs:

Trotz alledem!

Am Zehnjahrestage des 9. November 1918 geloben wir deutschen Kommunisten, das Werk vom 9. November 1918 zu Ende zu führen, auf den Trümmern des bürgerlich-kapitalistischen Deutschlands die proletarische Diktatur, die deutsche Sowjetrepublik zu errichten!

25,000 Mark in bar

DEN HALPAUS-RAUCHERN

für neue Cigaretten-Namen

Verlangen Sie im Tabakwarengeschäft den „Halpaus-Tausender“

Kommunistisches Sitzprogramm

Hilfe für die werttätigen Massen in den Ostprovinzen

Breslau, den 8. November.

Während die bürgerliche Abgeordneten, die SPD-Minister sowie Herr Hindenburg für die Not der werttätigen Massen in den Ostprovinzen war schöne Worte fanden, bisher aber nichts taten, um den Massen der Arbeiter in Stadt und Land, den Kleinbauern, Siedlern usw. zu helfen, hat die kommunistische Fraktion vor einigen Tagen das Programm für eine weitgehende Staatshilfe aufgestellt. Der kommunistische Antrag lautet:

Antrag Wollweber, Schwenk, Rahmann, Rau (Berlin), Jendrosch, Grobis, Kasper und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunistischen Partei:

Die von den kapitalistischen Regierungen willkürlich vorgenommene Grenzregulierung nach dem Weltkrieg verschlechterte die schon vorher miserable Lage der Werttätigen bedeutend. In den Ostprovinzen gibt es ausgesprochene Elendsgebiete; besonders groß ist die Not im ober-schlesischen Industriegebiet, im Waldenburger Bergrevier, in den Kreisen Landeshut und Melchendorf (Schl.), in der Grenzmark und dem Kattowitzer Ostpreußen. Von den Werttätigen leiden am meisten die Textile, Berg- und Landarbeiter, die Fischer und kleinen Bauern. Die zahlmäßig ungenügend große und langdauernde Erwerbslosigkeit bringt große Teile der Arbeiterschaft in eine Notlage, die langsame, aber höhere Verhungern bedeutet. Auf dem Lande fehlt den Kleinbauern trotz angestrengtester Arbeit das Geld für die notwendigen Anschaffungen von Hilfsmitteln für eine rationelle Bearbeitung ihres Bodens.

Teilweises Wohnungsleben, das den Grad der allgemeinen Wohnungsnot weit übersteigt, jeder Beschäftigung höhnepottende hygienische Zustände, erschreckende Kinderelend, Ausbeutung der Landarbeiter durch die Junker, niedrige Löhne und hohe Sterblichkeitsziffern kennzeichnen die Lage der Ostprovinzen. Unter der außerordentlich geringen Kaufkraft der Arbeiterschaft und armen Landbevölkerung leiden auch die kleinen Gewerbetreibenden.

Die besondere Not in den Ostprovinzen wird von allen Seiten anerkannt, aber praktisch wurde nichts getan, um die dringlichsten Notstände zu beseitigen. Die bisher bewilligten Mittel wurden fast

ausschließlich den Industriellen, den Großgrundbesitzern und der Kirche zugeföhrt. Die wirklich notleidenden Schichten erhielten bisher nichts.

Wir Kommunisten fordern daher, daß alle Mittel, die zukünftig für die Ostprovinzen bewilligt werden, aber die Gemeinden und Gemeindevorstände gehen und ausschließlich zur Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lage der Werttätigen verwendet werden. Eine großzügige Staatshilfe für die werttätigen Schichten der Ostprovinzen ist dringend notwendig. Diese Staatshilfe muß bestehen in der Bereitstellung großer Mittel:

1. für den Bau von Arbeiterwohnungen. Insbesondere sind Zweifamilienwohnungen zu errichten. Die Landarbeiter müssen endlich davon befreit werden, daß sie bei jeder Kündigung des Arbeitsverhältnisses von den Agrarier mit Rind und Regel auf die Straße gesetzt werden;
2. für den Bau von Volksschulen, Krankenhäusern, Sportplätzen, Badeanstalten und sonstigen Einrichtungen zur Verbesserung der gesundheitlichen und kulturellen Verhältnisse;
3. für Straßen- und Wegebauten, die unter Ausschaltung der Unternehmer in eigener Regie der Kreise bzw. Gemeinden bei tarifmäßiger Bezahlung auszuführen sind;
4. für dringend notwendige Meliorationsarbeiten;
5. für Flußregulierungsarbeiten (auch Entschlammungen) in den von Hochwasser bedrohten Gebieten, die, wie unter Nr. 3 angegeben, auszuführen sind;
6. für Wirtschaftsbeteiligungen an die langfristigen Erwerbslosen.

Ferner ist notwendig:

- a) für Kleinbauern, Siedler, Gewerbetreibende usw. eine Steuererleichterung, Nieberschlagung rückständiger Steuerbeträge, Gewährung langfristiger und zinsloser Kredite. Die jetzt diese Schichten belastenden Wechsel, Roggenrentenschulden usw. werden unverzüglich in langfristige Realcredite zu Reichsbankdiskont umgewandelt.
- b) Beschaffung von Land für die landarmen Bauern, für die Anlieger und Reusiedler durch entschädigungslose Enteignung der den Großgrundbesitzern und der Kirche gehörenden Pach- und Brachlandereien.

c) Erhöhung der Reichsquote für Sozial- und Kleinrentner.

In den einzelnen Provinzen sind folgende Maßnahmen dringend notwendig:

- I. Ostpreußen:
 - a) Der Bau von Fischereihäfen und Molen am Ost- und der Ostseeufer;
 - b) Bau einer Bahnverbindung von Cranz nach Wittappon;
 - c) Wege- und Weidenbauten im Moosbruch, Schaffung von Verlehrsmöglichkeiten für die in diesem Gebiet abgelegenen Ortschaften;
 - d) finanzielle Beihilfen für die Kleinrentner.

II. Grenzmark:

- a) Deichungs- und Flußregulierungsarbeiten im Werthe-Bergring;
- b) Aufforstungsarbeiten in den Gebieten, wo der Kautschuk der Waldbestand vernichtet hat, soweit es sich um staatlichen Besitz handelt.

III. Schlesien und Oberschlesien:

- a) Ausbau der Ober-Schlesien und des Kattowitzer Industriegebietes;
- b) finanzielle Beihilfen für die durch Umwetterkatastrophen geschädigten Kleinbauern und Gewerbetreibenden;
- c) Regulierungsarbeiten an den Gebirgsflüssen.

Die Staatsauschüsse an die Provinzial-, Kreis- und Gemeindevorstellungen sind auch dann zu gewähren, wenn die genannten Stellen selbst nicht in der Lage sind, einen prozentualen Anteil der Kosten zu übernehmen.

Der Landtag solle daher beschließen:

- Das Staatsministerium wird ersucht,
1. zur Durchführung obiger Maßnahmen im Haushalt für 1929 als erste Rate 50 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen;
 2. an die Reichsregierung das Ersuchen zu richten, die gleiche Summe für den gleichen Zweck bereitzustellen.
- Berlin, den 8. November 1928.

Die SPD. für „wertvolle“ Rüstungen

Ein bezeichnender Artikel des Dr. Herz

Man muß schon gut aufpassen, um aus dem sozialdemokratischen Parolenwortschatz Schlau zu werden. Vor dem 20. Mai hieß es: Kinderpeinigungen statt Panzerkreuzerbau! Am 5. Juli aber weigerte sich die SPD, unserem im Reichstagsplenum gestellten Antrag auf Vermeidung der Panzerkreuzerbauten für Kinderpeinigungen zuzustimmen. Am 10. August riefen die SPD-Minister: „Doch der Panzerkreuzer!“ und bewilligten die erste Bausumme. Dann bestanden sie zur Freude aller Panzerkreuzeranhänger gegen das Volksbegehren. Heute aber erscheint die SPD-Presse wieder wie vor dem 20. Mai unter der Balkenüberschrift: „Fort mit dem Panzerkreuzer!“ Sie können eben schwören mal so und mal so.

Diesmal ist Dr. Paul Herz dran. Er holt wieder mal den alten Bodenheiler von der „kommunistisch-reaktionären Einheitsfront“ hervor. Wie immer er sich bei diesem Schwindel anstellt, wie er sich selbst ins Gesicht schlägt, geht schon daraus hervor, daß zehn Zeilen weiter er die Kommunisten als „unbedingte Gegner des Panzerkreuzerbaues“ ansprechen muß.

Reite Ausschüßten eröffnet Herz, wenn er konstatiert:

„Aber auch bei der entschlossensten Sparpolitik sind weitere Steuern notwendig, von denen nach Lage der Dinge keine einzige Schicht der Bevölkerung ausgenommen werden kann.“

Das heißt: Die Arbeiter werden bei der kommenden Steuererhöhung durch neue direkte Steuern belastet werden. Jetzt wissen wir wenigstens, warum wir einen Sozialdemokraten zum Finanzminister haben: damit er neue Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter legt, die durch die Steuerabwälzung seitens der besitzenden Schichten wohl noch nicht schwer genug betroffen sind!

Herz fordert in seinem Artikel, „den Bau militärisch wertvoller und überflüssiger Panzerkreuzer einzustellen“. Womit Herr Dr. Herz eingesteht, daß die Sozialdemokratie für wertvolle Rüstungen ist; ihr „Kampf“ gegen den Panzerkreuzer ist nicht von dem Bestreben diktiert, keinen Pfennig dem kapitalistischen Militarismus zu bewilligen, sondern gerade dem Kapital zu beweisen, daß man zweckdienliche Rüstungen betreiben müsse. Also kein Streit um Grundsätze, sondern darum, wer die militärischen Belange des Kapitals besser wahrheit: die SPD. oder die Deutschnationalen. Und da können die bürgerlichen den SPD-Führern wirklich keinen Vorwurf machen. Hat Roske doch die Reichswehr mit den schwarzweißroten Generalen gegründet, haben doch die SPD-Führer immer noch die Staats für Reichswehr und Marine bewilligt. Ja, selbst dieses unter dem Druck der endlich empörten proletarischen SPD-Mitglieder geführte Scheingefecht im Parlament wird unter der Losung geführt: Gegen die wertvollen Rüstungen! Also für die wertvollen! Werde für die Hindenburg-Oswener-Hermann Müller-Fugenberg, die ein Kriegsinstrument gegen das Proletariat in Deutschland und in der Sowjetunion benötigen. Das ist der Sinn des Herz'schen Artikels und der sozialdemokratischen Panzerkreuzergermanen, über das die revolutionären Arbeiter ihre sozialdemokratischen Klassenengenossen, wo immer sie auch mit ihnen auf „mendressen, aufklären müssen.“

Hoovers Sieg — ein Sieg des amerikanischen Imperialismus

Hoover, der Kandidat der „republikanischen“ Partei der Vereinigten Staaten, hat den größten Wahlsieg, den jemals ein Kandidat bei Präsidentschaftswahlen erreichte, gekonnt errungen. Sein Gegenkandidat, der „Demokrat“ Smith, wurde sogar im Staate New York und in den traditionell demokratischen Staaten zum Teil geschlagen. Nach den vorläufigen Meldungen konnte Smith nur in 6 Staaten die Mehrheit erringen, in 38 Staaten siegte Hoover. Tages und Nöbe Jemand sehen noch aus. Ihre 25 Wahlmännerstimmen können nichts mehr ändern. Hoover hat insgesamt bisher 412 Wahlmännerstimmen, Smith dagegen nur 94.

Das Endergebnis wird ungefähr 420 bis 430 für Hoover und etwa 100 für Smith sein. Die gleichzeitigen Wahlen zum Repräsentantenhaus brachten den Republikanern ebenfalls einen großen Sieg. 270 Republikaner, etwa 165 Demokraten, 2 Farmer Labor und ein sozialistischer Abgeordneter wird die Zusammensetzung des Repräsentantenhauses sein.

Was ist der politische Sinn dieser Wahlen? Ein gewaltiger Wahlsieg der entschlossensten und konsequentesten Partei des amerikanischen Imperialismus. Ein Sieg der unter pazifistischer Maske vorgenommenen imperialistischen Expansionspolitik, ein Sieg der „Dough Boy“-Politik, ein Sieg, der in der Folge verheerendste Kriegszug geführt haben muß. Denn Hoovers Wahl bedeutet nicht zuletzt den Erfolg der Politik des Kellogg-Pakt-Schwindels, der Politik der Abrüstungsverordnungen an die übrigen imperialistischen Länder bei gleichzeitiger gewaltiger Aufrüstung in Amerika.

Jwar auch die „Demokraten“ sind eine Partei des amerikanischen Imperialismus. Sie vertreten ebenso unerbittlich wie die Republikaner die Notwendigkeit der Diktatur des Trustkapitals. Auch die

Demokraten sind eine im europäischen Sinne ererbliche Partei. Republikaner und Demokraten vertreten gemeinsam ein Programm des Individualismus und der Nieberschaltung der amerikanischen Arbeiterklasse, die Innenpolitik, die der imperialistischen Außenpolitik entspricht. Daß aber Smith in einer Wahl mit beispiellos hoher Beteiligung so schwer geschlagen werden konnte, das beweist, daß der imperialistische Kurs Amerikas schon gegen die Vorläufer kommender sozialer Auseinandersetzungen, die zum Teil in gewissen Punkten der demokratischen Politik sich äußern, Front macht, und ungeheure Massen schon jetzt für diesen Kurs festgemacht hat.

Eine wichtige Entscheidung sind die Wahlen auch für die kommende Politik der USA. gegenüber der USSR. Da die Wahlen einen Sieg der entschlossensten Politik des Imperialismus bedeuten, und da der aktuelle Hauptgegner des Imperialismus der USA. der englische Imperialismus ist, so ist zu erwarten, daß Amerika in der nächsten Zeit die heuchlerische Politik der „Freundschaft“ gegenüber den Bolschewikern fortsetzen wird, wie es bereits China gegenüber begonnen hat. Diese „Freundschaft“-Politik ist eine Maske für den Aufmarsch gegenüber England und Japan, eine Maske auch für die Schaffung von Einflusssphären und die spätere Festlegung in den Kolonialländern selbst. Dieser Politik kann es aber auch entsprechen, daß vorübergehend der amerikanischen Imperialismus bessere Beziehungen zur Sowjetunion sucht, da der Stand der Auseinandersetzung mit der amerikanischen Arbeiterklasse ihm vorübergehend solche Beziehungen erlaubt. Die unmittelbare vor den Wahlen abgeschlossenen Elektroverträge, die mit dem Einverständnis von Coolidges Staatsdepartement abgeschlossen wurden, lassen die Perspektive weiterer Aufnahme von Beziehungen zur Sowjetunion vorübergehend für möglich, ja für wahrscheinlich erscheinen. Das ist einer der Widersprüche dieser Wahlen, die andererseits eine gewaltige Demonstration des aufsteigenden amerikanischen Kapitalismus und der imperialistischen Kriegsgefahr sind.

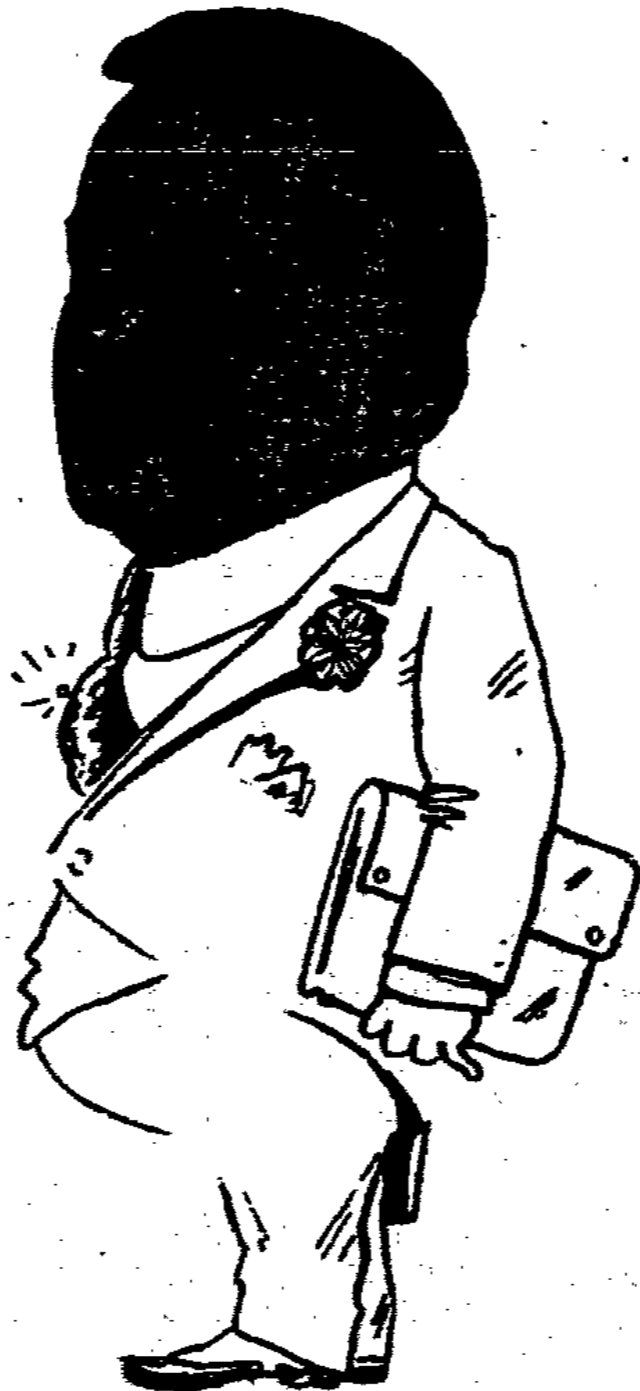
„Browda“ zur Lage in Deutschland

Im Leitartikel der „Browda“ „Der Zusammenstoß der Klassen in Deutschland“ heißt es u. a.:

„Die über Deutschland gehende große Welle von Ausperrungen und Streiks kann man durchaus nicht als zufällig ansehen. Die Ausperrung der Metallarbeiter darf man keineswegs „einfach“ als irgendeine Komplikation der Konjunktur betrachten. Im Gegenteil, diese Ereignisse müssen als das Vorpiel neuer Klassenkämpfe von noch größerem Maßstabe betrachtet werden, die dem deutschen Proletariat noch bevorstehen. Die begonnene Ausperrung der Metallarbeiter ist an sich ein Ereignis von größter Bedeutung. Konflikte von diesem Umfang hat Deutschland seit der Inflationszeit nicht gesehen. Bei seinem weiteren Anwachsen aber kann er in ein Ereignis vom Schlags des großen Streiks der britischen Bergarbeiter hinüberwachsen.“

Die Hauptaufgabe des deutschen Proletariats und seines führenden revolutionären Stabes ist die Aufgabe der Organisierung der kampffähigen Selbstverteidigung der Arbeiter, um als Antwort auf den Angriff der Kapitalisten zum energischen revolutionären Gegenangriff gegen den Gegner vorzugehen.

Die jetzigen Ereignisse in Deutschland, der entbrennende tägliche Klassenkampf, die Folgen der Nationalisierung und der Terror der Ausperrungen werden die deutschen Arbeiter viel lernen. Die Lehren des „Industriefriedens“ und der „Wirtschaftsdemokratie“, wie sie sich wirklich darstellen, und nicht in dem verlogenen sozialdemokratischen Geschreibsel, werden nicht umsonst gewesen sein. Auch die harten Lehren der reformistischen Streikführung, die nur eine der niederträchtigsten Methoden zur Unterdrückung des Proletariats ist, werden nicht umsonst gewesen sein. Der Verlauf des Kampfes wird das Bewußtsein der breitesten Schichten des deutschen Proletariats aufklären und es noch mehr und enger um die revolutionären Fahnen der kommunistischen Internationale zusammenschließen.“



So sieht er aus — der Dollarpräsident!

Heute, 20. Uhr, alles in den Schießwerder!

Reichstagsabgeordneter Hermann **Remmele** - Berlin, hält die Ansprache Die „**Trommler**“ spielen. Massen heraus! Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Karl Liebknecht- und Rosa Luxemburg-Straßen in Breslau

Revolutions-Debatte im Stadtparlament — Christlich-nationalistische Kampereien — Eine Niederlage des Magistrats in der Deckungsfrage — Die Kommunisten gegen die „Wawa“ — Die Sozialdemokraten blamieren sich mit Wiffell

Breslau, 9. November.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung brachte eine Reihe wichtiger Dinge zur Sprache. Als erste blamierten sich einmal die Sozialdemokraten durch einen Entschuldigungsbrief ihres Stadtrats Dr. Leichter, in dem dieser zugab, in Berlin von seinem eigenen Parteigenossen Wiffell nicht empfangen worden zu sein; sodann holte sich der Magistrat mit seiner Wiffell, die Stadtverordnetenversammlung in der Frage der Deckungsbeschüsse zu bebordern, die nötige Abfuhr. Nachher kam die „Wawa“ zur Sprache, die von den Kommunisten abgelehnt wurde, mit der Begründung, es gelte, nicht Wohnungen auszustellen, sondern solche zu bauen, und zum Schluß wurden die Anträge auf Straßenumbenennungen behandelt. War da die bürgerliche Meute aufgebracht! Denn sie wurde wieder einmal an Revolution erinnert. Das „Verdienst“ der zehnjährigen Republik ist es, daß diese Gesellschaft so frech reden konnte, wie es gestern geschah. Hier eröffnet sich der zweiten deutschen Revolution ein großes Arbeitsfeld.

Wenn gestern Leute wie Bogt, Frey und andere aus der sozialdemokratischen Fraktion ihre Finger für eine Rosa-Luxemburg- und Karl-Liebknecht-Straße erhoben, so haben sie ihrer Heuchelei die Krone aufgesetzt. Sie, die in Breslau die Freunde der beiden großen Toten ins Maß hineingeworfen haben, nehmen sie, die, wie Bogt, mit den Meuchelmördern der deutschen Revolution an der Hoteltafel zu sitzen, sie haben gestern der Ehrung von Karl und Rosa zugestimmt. Es gibt in der Geschichte der deutschen revolutionären Erhebungen einen Vergleichsfall: Friedrich Wilhelm IV., der vor den Opfern der 48er-Revolution den Hut abnahm und in seinem Innern der gleiche Schuft blieb, der er vorher war.

Eine ganz merkwürdige Rolle spielten gestern die Witter. Was nicht einmal die Böllischen taten, nämlich während der Beratung der Anträge auf Straßenumbenennung den Saal zu verlassen, das taten sie. Und darunter sind zwei einschlägige Mitglieder der SPD! Nachdem sich die Herrschaften nunmehr von dieser Seite gezeigt haben, sehen wir keinen Anlaß mehr, sie etwa zu schonen und werden in den nächsten Tagen einige wissenschaftliche Tatsachen über sie mitteilen. — Nachstehend der Sitzungsbericht:

Der Anfang der Sitzung bringt nur unwichtigere Punkte. Der Antrag auf Zuschüttung des Dorfes in Klein-Mochern wird in den Ausschuss verwiesen. — Auf eine Anfrage über die Verkehrsverbindung nach Carlowitz-Hundsfeld antwortet Stadtrat Zimmer, daß in diesem Jahre die Straßenbahnlinien am Trebener Platz gelegt werden sollen. Im nächsten Jahre soll die Bahn bis zur Kozhale verlängert werden. — Die Mehrkosten für den Bau der neuen Eisenbahn in Zimpel werden bewilligt. — Der Antrag auf unentgeltliche Benutzung der Eisenbahnen für die Schuljugend wird dem Ausschuss überwiesen. — Unter großer Spannung kommt jedoch die Zentrums-Anfrage über Dr. Leichter zur Verhandlung. Dieser sozialdemokratische Stadtrat hatte in der letzten Sitzung vor den Sommerferien behauptet, er sei in Berlin, als er über eine Verlängerung der Eisenunterstützung unterhandeln sollte, von dem Reichsarbeitsminister Braun nicht empfangen worden.

Tatsächlich aber war es schon Wiffell,

der einen Empfang seines eigenen Parteigenossen abgelehnt hatte. Wiffell gibt diese Tatsache gestern in einer schriftlichen Erklärung ausdrücklich zu, worauf das freigetragene Zentrum „um des Friedens willen“ die Angelegenheit als „erledigt“ erklärt. (Lachen bei den Kommunisten.)

Zum Teil recht stürmisch wird die Debatte über den Antrag auf Herrichtung des früheren Hotels Riegner auf der Königsstraße zu Bürogewölbem. Nach den in der Aussprache mitgeteilten Dingen scheint die betreffende Vorlage recht leichtfertig ausgeführt worden zu sein. So hat man für die Erneuerung der Kessel Mittel angefordert, diese aber nicht erneuert; fünf Möglichkeiten sollten angelegt werden, eine oder zwei werden jedoch nur angelegt usw. Zweckklärung auf dieser Merkwürdigkeiten erfolgt Ausschussüberweisung.

Der nächste Punkt ist der Antrag des Magistrats, über die in der letzten Stadtverordnetenversammlung im einzelnen angenommene Deckungsvorlage eine Gesamtabstimmung vorzunehmen. Der Vorsitzende Dr. Wandmann hält das für unnötig und läßt die Versammlung darüber entscheiden,

die sich gegen eine nochmalige Abstimmung mit 45:40 Stimmen ausspricht.

Dagegen stimmen Kommunisten, Sozialdemokraten, Mieter. — Die Bezahlung einer Warmwasseranlage für den Pächter des städtischen Gutes in Herrnholtz wird abgelehnt. Dabei kommt es zu einer löblichen Debatte über den Abstimmungsmodus, weil ein Teil der betreffenden Magistratsvorlage angenommen, der zweite aber abgelehnt worden ist.

Ein Dringlichkeitsantrag verlangt Bereitstellung von 400 000 Mark für die „Wawa“, die nächste Jahr in Breslau stattfinden soll. Die alte Stadtverordnetenversammlung hat bereits 100 000 Mark bewilligt. Die Ausstellung soll die „wunderlichsten“ Wohn- und Werkräume zeigen. Voraussetzungen sind die Gesamtausstellung bedeutend mehr. Die bisherigen Forderungen sollen offenbar erst der Anfang sein. Selbst Bogt (Soz.), der für die Ausstellung eintritt, rechnet mit einem Defizit. Buzakowski (deutsch-national) will höchstens 200 000 Mark bewilligen. Der Oberbürgermeister setzt sich natürlich für die Ausstellung ein. Sie sei eine Reklame für die Stadt. Wolff (Zentr.) nennt die Ausstellung eine „nationale Tat“ und tritt im übrigen für Ausschussüberweisung ein. Wolff (Demokrat) „freut“ sich, daß die Rechten nicht prinzipiell abgelehnt haben. Für die kommunistische Fraktion spricht Genosse Jpka. Er erklärt, daß die Ausführungen der bisherigen Redner ihn nicht von der Notwendigkeit der Ausstellung überzeugen konnten. Wir haben in Breslau 25 000 Wohnungen, von denen

7000 bringend vorgemerkt sind. Außerdem fast 500 Familien, die keinerlei Obdach haben. In Anbetracht dieser Tatsachen kommt es nicht darauf an, Wohnungen zu zeigen, sondern Wohnungen zu bauen. Was die Zuschüsse anbelangt, so glaubt die kommunistische Fraktion nicht an die ausgemachte Rechnung. Zum Schluß ersucht er den Magistrat, Auskunft zu geben, ob es stimme, daß aus einem Wohnungsbaufonds der städtischen Straßenbahn 25 Wohnungen errichtet worden seien

die aber jetzt nicht bezogen werden können, weil dieselben für die im nächsten Sommer stattfindende Ausstellung freigehalten werden,

d. h. daß trotz der ungeheuren Wohnungsnot die Wohnungen ein ganzes Jahr freistehen. Die kommunistische Fraktion lehne aus all den oben angeführten Punkten die Ausstellung entschieden ab. — Stadtrat Dr. Wiffell gibt zu, daß die Angeliegenheit mit den Straßenbahnhäusern ihre Wichtigkeit habe. Bogt (Soz.) entpuppt sich im Schlußwort als wütender Totalpatriot. „Wir Breslauer müssen unsere Kraft beweisen“, meint dieser merkwürdige Sozialdemokrat. In der Abstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Kommunisten in den Ausschuss verwiesen. — Ein weiterer Dringlichkeitsantrag verlangt die Anstellung eines Direktors für die Berufsschulen des eingemeindeten Gebietes. Ihm wird zugestimmt.

Zum Schluß kommen die Anträge auf Umbenennung verschiedener Breslauer Straßen zur Beratung. Dr. Götze (Soz.) hält in einem Anflug von Novemberstimmung eine sehr radikale Rede. Genosse Abelt begründet den kommunistischen Antrag

auf Umbenennung der Friedrich-Wilhelm-Straße in Karl-Liebknecht-Straße und auf Entfernung der Fürstentafelbilder

im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung. Er erinnert an die heldenhafte Rolle, die Karl Liebknecht während des Krieges gespielt hat. Während alle in Kriegsbegierigkeit machten, hob er mit einer kleinen Schar von Freunden die rote Fahne wieder hoch. Wenn der Wachtplatz den Namen von Rosa Luxemburg tragen soll, dann müsse die an diesen Platz anschließende Friedrich-Wilhelm-Straße den Namen Karl Liebknecht erhalten, um die Gemeinschaft dieser beiden Revolutionäre zu symbolisieren. Die kommunistische Fraktion wird den sozialdemokratischen Anträgen zustimmen, ohne sich deren Begünstigung für republikanische Namen zu eigen zu machen. Vermutlich sei jedoch, daß die Sozialdemokratie damals, als sie die absolute Mehrheit im Stadtparlament und dazu noch einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten hatte, solche Anträge nicht stellte. Zehn Jahre hat sie erst überlegen müssen. Die Entfernung der „Fürstentafelbilder“ genannten Steinplatten ist nicht lange zu begründen. Fürchte man dadurch leere Stellen im Sitzungssaal zu erhalten, soll man die beiden verstorbenen Herren Stein und Bogatz dort postieren. (Stürmisches Lachen.) Die nachfolgende Diskussion, in der alle bürgerlichen Parteien ihre Redner vorkommen, ist eine einseitige und verächtliche gegen die Arbeiterbewegung. Die roten Matrosen von Kiel werden als „Lumpen“, die Kommunisten als „Eipoköpfe“ bezeichnet, und es ist nur zu bebauern, daß nicht einige dieser „rechten“ Burshen gestern die wohlverdiente Züchtigung erhalten haben. Besonders tut sich der Zentrums-„Mademiker“ Dr. Woffel, der zu seinen Kommunisten beschimpfen kann, aber — erberbt, zu seinen Worten zu stehen, sich als erbärmlicher Feigling erweist. Wo soviel Strohhererei ist, kann M. d. R. Mache natürlich nicht fehlen. Auch er muß versuchen, sich an den Kommunisten zu reiben. Genosse Abelt führt im Schlußwort die Gesellschaft gehörig ab. Die Abstimmung ergibt Annahme der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge mit 40:38 Stimmen.

Im Sitzungtempo wird sodann noch angenommen die Vorlage über die neuen Tarife für Elektrizität und darauf die öffentliche Sitzung geschlossen.

Achtung, Reichskontrolle in Breslau

Stadteil West: „Anglerheim“, Leuthenstraße, Sonntag von 9—13 Uhr.

Stadteil Süd: Janke, Friedrichstraße 41, für Straßenzelle 1, Sonntag von 9—12 Uhr. — Im „Fleischerhof“, Hubenstraße, für Zelle 2.

Stadteil Zentrum: Sonntag von 9—12 Uhr, „Turmhof“, Neue Antonienstraße 2.

Stadteil Nordost: Rösner, Uferstraße, Sonnabend von 20 bis 22 Uhr, und Sonntag von 9—12 Uhr.

Stadteil Nord: Schneider, Rosenstraße, Sonnabend von 20 bis 22 Uhr, Sonntag von 9—13 Uhr.

Stadteil Ost: Wolff, Königgräber, Ecke Lauensteinstraße, Sonntag von 9—12 Uhr.

Die Parteigenossen und -genossinnen müssen zur Kontrolle sämtlicher Mitgliedsbücher der Organisationen mitbringen, denen sie angehören. Die Stadteinteilung muß darauf achten, daß Parteibeitragsmarken in den Kontrollbüchern vorhanden sind für die Genossen, die mit den Beiträgen im Rückstande sind.

Bezirksleitung, Org.-Abteilung.

Der Mord an der Kriften bleibt unaufgeklärt

In der Morchase Kriften wurden am 14. Februar d. J. der 30jährige Schiffshälter Joseph Fiedel und seine Frau, Marie Gohl, Krullstraße 8, unter dem Verdacht festgenommen, die Prostituierte Marie Kriften in ihrer Wohnung Krullstraße 8 ermordet zu haben. Die Kriften geistert zu haben. Wie die Justizprokuratorie hierzu jetzt mitteilt, sind die Beschuldigten auf Grund ungenügender Beweise außer Verfolgung gesetzt worden.

Arbeiter im Süden

Am Sonnabend 20 Uhr findet bei Sauer, Gräbigerer Str. 259, ein gemeinsames Besammentreffen der Abteilung 6 des R.F.V. mit sympathisierenden statt. Die Mitglieder der Arbeiterportvereine und Freunde unserer Bewegung sind herzlich eingeladen.

Mittelschlesien

Revolutionsfeier in Grotzen

Sonnabend 19 Uhr: Sammeln am Bahnhof. — 19.15 Uhr: Aufzug durch die Stadt nach Grotzen (Winklers Platz). Dasselbst Theateraufführungen, Ansprache des Genossen Thomas Breslau, Konzert der Schalmelkapelle des R.F.V. Breslau. An Theateraufführungen gelangen zur Aufführung: „Opfer des Klassenkampfes“ und „Zum Tode verurteilt“. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose mit Ausweis 25 Pf. Massenbesuch wird erwartet!

Revolutionsfeier in Dels

Am Sonnabend, dem 10. November, 19 Uhr, im „Grotzen Kurfürst“ Revolutionsfeier. Mitwirkende: Schalmelkapelle. Festrede: Genosse Landtagsabgeordneter Wollweber Breslau. Aufführungen von Genossen des R.F.V. Breslau. Wir erwarten von sämtlichen Genossen und Kameraden eine lebhafteste Propaganda, damit dieser Abend ein Erfolg für unsere Bewegung wird.

Schön-Steine. Vom Schausseebau. Ein Arbeiter schreibt uns: Die Firma Ferdinand Eimer aus Dels verdient es, wieder einmal unter die Lupe genommen zu werden. Genannte Firma hat den Schausseebau Dunlat-Schön-Steine übernommen. Hier herrscht ein Antzelsystem, das jeder Beschreibung spottet. Mädchen, die für 33 Pf. Stundenlohn arbeiten, müssen dieselbe Arbeit verrichten wie die Männer. Wenn sie sich mal aufrecht, werden sie gleich vom Vorarbeiter Bobra angeschrien: „Mädchen werde ich Euch noch einen Stuhl zum Sitzen mitbringen.“ (Der Vorarbeiter ist Landwirt.) Auf der Baustelle selbst ist keine Baubude vorhanden. Wir sind deshalb in den Pausen jedem Wetter ausgesetzt. Verbandszeug ist auch nicht da. Kommt der Unternehmer Eimer einmal nach der Baustelle, so findet er es nicht für nötig, zu grüßen. Hat er gute Laune, so nimmt er die Mädchen, die bei uns arbeiten, um den Hals. Kommt ein Arbeiter einmal nicht zum Arbeitsnachweis, dann wird er erst gefragt, ob er billiger arbeiten will. Erklärt er sich damit einverstanden, wird er eingestellt. So bekommt hier ein Arbeiter 55 Pf. Stundenlohn statt 61 Pf. Herr Eimer sieht sich noch „geehrt“, wenn er in die Zeitung kommt. Als ein Bericht über ihn in der „Vollzeitung“ fand, sagte er in Gegenwart einiger Arbeiter: „Er mache sich das raus!“ Wir wollen mal sehen, ob er sich jetzt auch nichts „drausmachen“ wird.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau: — Stadteil Ost. Heute 18.30 Uhr Antreten bei Janke, Friedrichstraße 41. — Stadteil West. Freitag 18.30 Uhr Antreten Laurentiusplatz zur Revolution nach dem Schießwerder. — Stadteil West. Alle Parteigenossen treten am Freitag um 19 Uhr am Striegauer Platz zum Abmarsch zur Revolutionsfeier. — Stadteil Ost. Sonntag Reichsfeier. — Stadteil West. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederversammlung. Referat Genosse Grotzen über innerparteiliche Lage. — Dels. Partei und R.F.V. Sonnabend 18 Uhr Antreten zum Abholen der Wähe vom Bahnhof.

Kommunistischer Jugendverband

- Breslau: — Antreten aller Gruppen Freitag 18 Uhr Sonnabend zur Kundgebung im Schießwerder. Fahnen mitbringen. — Gruppe West (Mar Gohl). Sonntag 8 Uhr Striegauer Platz zum Landsonntag. Alle haben daran teilzunehmen. — Sonntag 18 Uhr Heimabend im „Roten Bären“, Kupferstraße.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau: — Heute von 17—19 Uhr Heimabend in der Klosterquelle, Schulgraber Straße, Ecke Klosterstraße. Um 19 Uhr Abmarsch zur Revolutionsfeier im Schießwerder. Jedes Kind bringt 10 Pf. mit.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau: — Mt. 2. Freitag 18.30 Uhr Antreten Laurentiusplatz. Adressen des Adressbuchs. — Mt. 3. Zur Revolutionsfeier heute alles Punkt 18.30 Uhr Antreten am Wackerloobplatz. Jeder Kamerad muß zur Stelle sein. — Sonntag 9 Uhr Funktionärsversammlung bei Schneider. Jeder bringt 10 Pf. mit. — Mt. 4. Heute 19.15 Uhr Antreten und Abmarsch vom Striegauer Platz. — Mt. 6. Freitag 19.30 Uhr Antreten der gesamten Abteilung zur Revolutionsfeier bei Janke, Friedrichstraße 41. — Dels. Freitag 20 Uhr bei Schmidt über den Ober-Kameradschaftsabend. — Schwabitz. Freitag 19.15 Uhr außerordentliche Generalversammlung „Stadt Breslau“. Erscheinen aller ist Pflicht. — Waldenburg. Sonntag 9 Uhr Generalversammlung im „Goldenen Stern“, Gottesberger Straße. Funktionäre haben eine Stunde früher beim Kamerad Wagner zu erscheinen. — Legau. Sonnabend 20 Uhr Mittellagerbestimmung im „Waldhölzer Hof“, Gahnauer Straße. — Sonntag 9 Uhr Untergau-Konferenz im „Waldhölzer Hof“, Gahnauer Straße. — Dels. Sonnabend 20 Uhr Mitgliederbestimmung Nation-Werkhabe. — Langenstraße. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. — Grotzen. Sonnabend 20 Uhr im „Berliner Hof“, Revolutionsfeier. Die Kapelle soll abmarschieren.

Rote Jungfront

- Breslau: — Mt. 2. Freitag 19.15 Uhr Antreten zur Revolutionsfeier in Dels. — Freitag 20 Uhr im „Waldhölzer Hof“ Jungfront-Versammlung.

Sonstige Organisationen

- Breslau: — Arbeiterhäuser. Sonntag von 10—13 Uhr Übungsstunde im Schießwerder. — Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist Pflicht. — Arbeiter-Sportvereine. Freitag 19.15 Uhr Übungsabend und die Mitglieder, die der R.F.V. angehören, beteiligen sich an der im Schießwerder stattfindenden Revolutionsfeier. — Grotzen. Freitag 20 Uhr im „Waldhölzer Hof“ Jungfront-Versammlung. Dozent Reichenswallner.

Nach 10 Jahren im November gedenken wir derer, die für uns gekämpft haben, in den

Gewerkschafts-Lichtspielen

mit dem großen Russenfilm

10 Tage, die die Welt erschütterten

Kulturprogramm: Auf den Spuren der Azteken und die Wechensches Heute Freitag, 5 und 8 Uhr — Uebliche Preise

Jugend verboten!

Oberschlesien

Die Reichskontrolle

Ist keine mechanische Arbeit; sie ist ein Generalsappell der Partei. Willst du da fehlen?

Gleiwitz

Das neue Großkraftwerk

Man hofft, mit dem Bau des neuen Großkraftwerkes an der Oder bereits im Frühjahr 1929 beginnen zu können. Das neue Werk soll in das Coseler Stadtgebiet zu stehen kommen und zunächst mit zwei Turbo-Generatoren von je 40.000 Kilowatt mit einer Gesamtleistung von 80.000 Kilowatt versehen werden. Die Kesselanlagen sollen jedoch von vornherein derart erstellt werden, daß eventuell ein drittes noch härteres Aggregat ohne Schwierigkeit aufgestellt werden kann. Der in dem neuen Großkraftwerk erzeugte Strom wird von Cosel aus über eine Hochspannungsleitung, die bereits vorhanden ist, nach dem Industriegebiet zu dem bisherigen Kraftwerk Laberge zum Zwecke des Stromausgleiches geleitet werden. Außerdem wird eine Verbindung mit dem Elektrizitätswert Schlesien hergestellt werden. Das neue Großkraftwerk soll Ende 1930 nach anderthalbjähriger Bauzeit in Betrieb genommen werden.

Dem gehören die in den städtischen Autobussen zurückgelassenen Gegenstände? In der Zeit vom 22. Oktober bis 4. November 1928 sind in den städtischen Autobussen gefunden worden: 4 Paar Handschuhe, 1 Handtasche, 1 Paar Kinderhandschuhe, 2 einzelne Handschuhe, 1 Schenkerlappen, 1 Buch, 1 Päckchen Dichtungsmaschine, 1 Marktasche, 1 Stück Einblech, 1 Spazierstock, 1 Gelbbürste. Die Gegenstände können im Betriebsbüro, Löwenstraße 6, abgeholt werden.

Mikultschütz

Dem Spielfameraden einen Finger abgehackt. Auf einem Hofe wollten zwei Knaben eine Leine kürzen. Während einer von ihnen diese auf den Hackloß legte und festhielt, schlug der andere mit einem Beile zu. Er hieb dabei dem Spielfameraden einen Finger der rechten Hand ab.

Cosel

Der werttätigen Bevölkerung zur Kenntnis!

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion teilt der Coseler Arbeiterschaft folgendes mit:

Schon vor längerer Zeit wurden Stadtrat Szytowski und Stadtverordneter Swaczyna wegen parteischädigenden Verhaltens und persönlicher Ausnutzung ihrer kommunalen Funktionen aus der Partei ausgeschlossen. Der Aufforderung, ihre Mandate niederzulegen, kamen sie nicht nach. Wir erklären, daß die kommunistische Stadtver-

ordnetenfraktion mit diesen Elementen nichts gemein hat. Sie, die das Vertrauen der werttätigen Schichten mißbrauchten, sind gerichtet. Die Belegschaft der Cellulose, in der Swaczyna als Betriebsrat fungiert, wird gut tun, diesen „feinen“ Vertreter zum Teufel zu jagen. Die Klassenbewußte Arbeiterschaft wendet sich mit Abscheu von diesen Leuten.

Kirchenbrand

In Penschütz brannte der Turm der Pfarrkirche. Als bald waren drei Motorspritzen an Ort und Stelle. Trotz angelegentlichster Arbeit konnte es nicht verhindert werden, daß das Innere des Turmes vollständig ausbrannte. Auch die beiden Glocken sind dem Brande zum Opfer gefallen. Ueber die Ursache konnte nichts ermittelt werden.

Krapplitz

Aus dem Gefängnis befreit. Vor etwa 14 Tagen war ein gewisser Peter Slowronet aus Krapplitz ins Krapplitzer Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. In einer der letzten Nächte ist er anheimelnd von seinen Komplizen befreit worden. Es mußten vier Schloßer aufgeschlossen werden, die alle mit Nachschlüssel geöffnet wurden. Es ist ein Rätsel, wie die Befreiung so unbemerkt geschehen konnte. Er hat bereits vor zwei Jahren im Krapplitzer Gerichtsgefängnis eine Meuterei angezettelt und nicht nur sich selbst, sondern auch anderen Gefangenen die Freiheit verschafft, konnte aber nach kurzer Zeit wieder gestellt werden.

Neisse

Mit dem Fahrrad zu Tode gekommen. Kontrollinspektor Hermann Springer kürzte auf einer Dienstreise mit seinem Rade so unglücklich, daß er mehrere Rippen brach und eine Quetschung der Lunge erlitt. Springer ist an den Folgen des Unfalls gestorben.

Neustadt

Reichskontrolle. Sonntag, den 11. November, vormittags 9 Uhr, Mitgliederversammlung. Ab 10 Uhr Reichskontrolle, zu der die Mitgliedsbücher sämtlicher Organisationen mitzubringen sind. Der Genosse, der sich der Kontrolle entzieht, bekommt zum 1. 1. 29 kein neues Mitgliedsbuch, darum erscheine jeder!

Schweres Motorradunglück. Der Schlosser Klar aus Volkmannsdorf wurde in der Dunkelheit das Opfer eines schweren Motorradunglücks. Er fuhr in ein unbeleuchtetes Fußweglein, so daß die Maschine zertrümmert wurde. Er erlitt einen Unterschenkelbruch, während sein Soziusfahrer schwere Rippenbrüche davontrug.

Ostschadow

Der gefährliche Spiritus. Als ein bei einem hiesigen Fleischermeister beschäftigtes Mädchen einen Spirituslöcher füllte, schlug beim

Anzündern plötzlich eine große Flamme aus dem Kocher. Das Mädchen trug schwere Brandwunden im Gesicht davon.

Oppeln

Revolut'onsfeier

zur Wiederkehr des 11. Jahrestages der siegreichen russischen Revolution, am 11. November 1928, im „Schützenhaus“, großer Saal. Die Revolutionsfeier wird durch Sprechchor, lebende Bilder und Theater ausgestellt. Um allen Arbeitern den Besuch zu ermöglichen, finden zwei Vorstellungen statt, um 16 und 20 Uhr. Programm: 1. Das Lied vom Hah (Sprechchor der Jungpioniere); 2. Panzertruppensozialisten (Sprechchor der Jungpioniere); 3. „Die rote Fahne“ (Theaterstück in 3 Akten); 4. Die Schmilbe (Lebendes Bild mit Sprechchor, dargestellt von Jungpionieren). In den Pausen Konzert der Schalmelkapelle.

Warrer Kubis als Inzeratenwerber

Wie bekannt, verunglückte der Händler W e s e n b e r g vor einigen Tagen auf tragische Weise, als er sich auf dem Wege vom Café Schneider nach Hause befand. Auf Drängen der Eltern des Verstorbenen, der nicht zu den Frommen gehörte, begab sich die Frau zu dem Warrer Kubis, um dort die Beerdigung des Toten unter kirchlichen Zeremonien gegen Geld zu erwirken. Statt Trost, wie man es seitens eines kirchlichen Würdenträgers erwarten mußte, zu erhalten, wurde der Leiche gegenüber der Frau noch in der schäblichsten Weise herabgesetzt. Unter anderem beschuldigte dieser Gottesstreiter den Toten, daß er „beoffen“ gewesen wäre, trotzdem noch einige Minuten vor dem Tode den Warrer Kubis verschiedene Personen in vollständig nüchternem Zustande gesehen hätten. Auch in anderen Fragen wurde der Frau in gehöriger Weise zugelegt. So wurde ihr der Vorwurf gemacht, daß ihr Mann mit „gottlosen Menschen“ verkehrt habe, wann er zur letzten Beichte gewesen sei usw. Trotzdem übernahm Herr Kubis die Beerdigung, als der geforderte Betrag von 80 Mark für einige Schritte von der Totenhalle bis zum Bist in der Nähe gelegenen Grabe anstandslos auf den Tisch gelegt wurden. Sechzig Mark löschten also doch alle angeblich nichtchristlichen Taten aus. Besonders interessant aber war es, als Herr Kubis zum Schluß die Frau mehrere Male ermahnte, die Todesanzeige ja im „Kurier“ und in keinem anderen Blatte zu veröffentlichen. Ein tüchtiger Organisator seiner Fachpresse!

Unbestechliche in der Kläranlage

Arbeiter fanden in der Kläranlage die Leiche eines neugeborenen Kindes. Die zertrümmerte Schädelkapsel der Leiche wies darauf hin, daß gewalttätige Tötung vorliegt. Von der Kriminalpolizei sind Ermittlungen eingeleitet worden.

Freie Turnerschaft. Sonnabend, 10.30 Uhr, bei Swinna, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Quartalsberichte. 2. Bericht vom Frauen-Turnkursus in Oppeln. 3. Verschiedenes. Erscheinen Pflicht.

Die Lore sind zu

Ein alter Kruppianer ist darüber fassungslos. „Das... das“, sagt er, „hat Krupp noch keinmal gemacht, solange ich bei der Firma arbeite. Was soll das nur geben?“ „Junger“, antwortete ihm ein jüngerer Kruppianer verblüfft, „wenn alle so jammern!“ „Stimmt es?“ fragte der Alte, ihm ist deutlich die Angst anzumerken, „daß sie die alten Arbeiter über 50 auf der Straße lassen wollen?“

Der Jüngere zuckt die Schultern. Tatsächlich geht das Gerücht durch die Stadt, daß Krupp die Gelegenheit benutzen will, die alten Leute draußen zu lassen. Generalläuterung. Das Gerücht dauert aber nicht erst seit der Ausperrung. Es war vorher schon da. Was wahr davon ist, wird die Zukunft zeigen; der Frechheit der Montan-gehaltigen ist alles zuzutrauen. Bei der Ausperrung haben sie sich über alle gesetzlichen und Schutzbestimmungen kalten Blutes hinweggesetzt. Wer besitzt die Gewalt in der Republik? Krupp hat Schwere-riegelschädigte, die Verträge über fünfmonatige Kündigungen in den Tischen hatten, ohne weiteres auf die Straße geschmissen. Sie belamen am Tage vor der Ausperrung von den Meistern Zettel in die Hände gedrückt: „Auf den Zetteln stand der lateinische Ausdruck: „Sie sind nutzlos entlassen!“ fertig. Die Kriegsbeschädigten können am Arbeitsgericht klagen. Das können sie, aber es nützt ihnen nichts. Sie klagen so gut wie die anderen auf der Straße. Die Willkür der Krupp, Adolfer, Typen kennt im Augenblick keine Grenzen. Die Ausperrung ist deutlich genug.

Aber so eindeutig die Ausperrung auch ist, zu Beginn sagte sie ein Teil der Kruppischen Arbeiter sehr leicht, ja lächerlich auf. In einer

Werkstatt zogen sie, bevor sie sie verließen, mit Gesang in feierlicher Prozession zwischen den Drehbänken einher. Sie sangen nicht die Internationale oder ein anderes Kampflied der Arbeiter, sie sangen: „Ruß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus!“ Das kann Gaigenhumor gewesen sein. Vielleicht. Aber es bestand am ersten Tage der Ausperrung tatsächlich die Auffassung bei vielen Kruppianern, und teilweise besteht sie heute noch, daß es morgen schon wieder in die Betriebe zurückginge. Die „Wohlfahrtsfirma“ hat ihre Hirne so benebelt, trotzdem seit jeher schon ihre Wohlfahrt verdammt wässrig gewesen ist. Zu erinnern ist nur an die seit Jahren hungernden und um ihre ihnen zustehenden Unterhaltungen prozeßierenden Kruppischen Verpflegungsfabrikanten und an die Holzbaracken-Wohnkolonie Scheidehof, oder an die Wohnscheunen zwischen Duqm und Rauch der Fabrik in der Kolonie Westend.

Heute ist die Stimmung unter den Arbeitern ernster als am ersten Tage. Auch den „richtigen“ Kruppianern wird es allmählich klar, was geschieht wird. Es ist das erste Mal, daß Krupp aussperrt, und den richtigen Kruppianern fällt es schwer, daran zu glauben, daß Krupp nicht besser als jeder andere Kapitalist ist. Von welcher Ideologie in ein richtiger Kruppianer beherrscht wird, soll diese kleine Geschichte zeigen, die mit ein ausgeperrter Kruppischer Arbeiter erzählt.

Der Arbeiter arbeitete auf einem Fallwerk. Es ist die letzte Schicht vor der Ausperrung. Nachtsicht. Die Arbeiter haben sich in der Pause — für die Fallwerksarbeiter bestand noch die Sechsstunden-schicht — aus Ohr gelegt. Bis 1 Uhr dauert ihre Pause. Um fünf Minuten nach 1 Uhr sind sie noch in der Bude. Da kommt ihr Vorgesetzter angepöbel — der auch die Papiere, wie sie, in der Tasche

hat — er ist der „richtige“ Kruppianer, und schreit: „Ja, was fällt euch denn ein? Wist ihr, wie spät es ist? Fünf Minuten nach Eins!“ „Ja“, sagt ein Arbeiter, „das ist gerade richtig so.“ — „Was, richtig so?“ fragt der richtige Kruppianer. „Wir müssen uns doch so langsam an die ruhige Zeit gewöhnen; wir werden morgen doch ausgeperrt“, sagt der Arbeiter, „sollen wir Krupp am letzten Tage noch die Tasche vollschütten? Du hast doch auch die Fleppen.“ Da ging der richtige Kruppianer zu dem Kranführer hin, der sein Freund war, und sagte: „Die Leute wollen aber auch gar nicht mehr.“ Und wie der alte Kruppianer vor dem geschlossenen Fabriktor stand, fügte er hinzu: „Was soll das nur geben?“

Was das geben soll? Einen Sieg der Arbeiter unter allen Umständen. Verlieren die Arbeiter der Nordwestgruppe diesen Kampf, sind alle Arbeiter in Deutschland der schlimmsten Willkür und Brutalität der Unternehmer aus lange Zeit mehr denn je ausgeliefert. Die alten Leute werden auf die Straße liegen, ohne Hoffnung auf eine neue Arbeitsstätte, die Kriegsbeschädigten fliegen auf die Straße, und die Löhne werden gedrückt und niedrig gehalten, daß es kaum noch für Margarine auf das Brot reicht. Am ersten Tage der Ausperrung begriff das ein Teil der Kruppianer noch nicht, aber heute ist es ihnen benützt, und jeder weitere Tag der Ausperrung hämmert ihnen härter dieses Bewußtsein in die Hirne.

Kurz vor der drohenden Ausperrung waren die Versammlungen der Gewerkschaften nur knapp gefüllt, trotz der ausstehenden Gehälter und Bedrohung der Arbeiter; heute sind sämtliche Gewerkschaftsversammlungen überfüllt, und die Versammlungen, die die Kommunisten einberufen haben, müssen geteilt oder wiederholt werden, weil die Säle die Massen nicht fassen können.

Sonder-
Verkauf

Zu jeder Original-

Dempsey-Jacke 14⁵⁰ Mk.

einem prima Radf-Sweater **gratis!**
Sport-Glauer Breslau
Sadowastraße 54

v. 1.-30. Nov. 28

Marke „Alax“, reine Wolle, für

Sprechapparate
Elektrische Schallplatten in großer Auswahl
Puppenwagen — Nähmaschinen
Robert Holmeister
Jauer . Neumarkt Nr. 13

Richard Thiel, Schweidnitz
Bäcker-, Ecke Münzstrasse
Kolonial- u. Feinkostwaren
Spezialität:
Täglich frische Schotten u. Heringe
aus eigener Räucher

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein

Öffentliche Mahnung

Es sind bestimmt einzuzahlen:

- a) Bis spätestens den 15. November 1928
Grundsteuer
Grundvermögenssteuer } für Monat
Gemeindezuschlag } November
Hundsteuer
Gewerbeertragssteuer
- b) Bis zum 10. November d. J.
für Oktober/Dezember 1928
Wassergeld für Okt./Dezember 1928

Krankentaggbeiträge für Oktober
Ab 10. bzw. 15. November erfolgt mangelsweise gebührensichtige Einziehung aller dann noch vorhandenen Reste. Eine weitere Anmahnung erfolgt nicht.
Weißstein, den 6. November 1928
Der Gemeindevorsteher
J. B. Scholz

Bauschmann
STRIEGAU
Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise für Herren-, Damen- u. Kinder-
Bekleidung

Welches strebame Ehepaar
wünscht sich ein gutes gewinnbringend. Geschäft durch Uebernahme eines Kommissions-Waren-lagers? Geld nicht erforderlich, wenn sichere Bürgschaft vorhanden. Vorherige Fachkenntnisse nicht nötig, da selbge leitet zu erreichen ist. Bei gutem Zeugnis wird auch Invalide berücksichtigt. Haben Sie Lust um 1 Liebe zum Geschäft, so senden Sie Ihre Adresse, sofort an die Firma
Ernst Duerf
Nieder-Permador, Bezirk Breslau
Weinhandlung und Spirituosen

B. Häusler
Inh. Ing. Alfred Zimmermann
Elektr. Licht- und Kraftanlagen
Moderne Beleuchtungskörper
Kompl. Radio-Anlagen, Radio-Zubehör, Ladestation
Waldenburg, Auenstraße 53

Aug. Feige & Sohn
Jauer
Ring 30 Telephone 103
Liköre, Weine
Fruchtsirupe, Tabakwaren

M. Neuthal
Schweidnitz, Burgstraße 2 u. 3
Herren- u. Knabenbekleidung
Bekannt billige Preise

Kolonialwaren
Spezialität:
Kaffee
Anton Sebel
Schweidnitz
Papierhandlung Nr. 8

Bauschmann
STRIEGAU
Das Haus der guten Qualitäten und billigen Preise für Herren-, Damen- u. Kinder-
Bekleidung

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Ewald Hirsch
hält sich bestens empfohlen
Waldenburg
Hilwaller
Breslauer Str. 10
Empfehle sämtlich
Kolonialwaren,
Konfitüren,
Konserven und
Flaschenweine
Peter Pyschik
Waldenburg
Kreuzer Straße 7

Preiswertes Angebot!

Für Damen Gang- u. Schnürschuh mit niedrig amerikan. Absatz von an Seidenschuh in allen Formen 11 Stoffhausschuh mit Filzsohle u. Steile 2 Kameli-Umhangschuh mit Lederohle und Absatz 3 Für Kinder Schnürschuh mit Kamelhaar 175	Für Herren Schnürschuh spitze u. runde Form v. an Halbschuh schwarz u. braun, v. 10 an Schnürschuh in großer Auswahl 13 St- und Wanderschuh wasserdicht, in großer Auswahl Schwarze Kinderschuh Größe 31-30 bis 35 bis 37
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Schubhaus Pawlik, Waldenburg
Kreuzstraße 49, am Markt

Bettenhaus W. Sandler
Bettstellen u. Matratzen
Bettfedern, Bettwäsche
Schweidnitz, Wilhelmplatz 11

Genossen! Beachtet beim Einkauf unsere Inserenten!

Die deutsche Regierung provoziert die Sowjetunion

Zu dem von uns gestern erwähnten Urteil des Kammergerichts zugunsten des russischen Emigrantensacks (siehe die „Rote Fahne“).

Die Stellungnahme des Preussischen Kammergerichts bedeutet einen unerhörten Vorstoß der deutschen Reichsregierung gegen die Sowjetmacht. Die deutsche Arbeiterklasse muß diesen Überfall mit einem entschlossenen Protest beantworten. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht nur um Kunstgegenstände, um Möbel und Bilder, es handelt sich um eine Angelegenheit von außerordentlicher politischer Bedeutung. Es ist klar, daß das Preussische Kammergericht, der höchste Gerichtshof Preußens, nicht ohne Zustimmung der Reichsregierung und des Außenministers handelt, wenn es sein provokatorisches Urteil zugunsten der russischen Emigranten erläßt. Im Rapallo-Vertrag von 1922 hat die deutsche Bourgeoisie die Eigentumsverhältnisse, wie sie durch die Oktoberrevolution geschaffen wurden, ausdrücklich anerkannt. Heute zerstören deutsche Gerichte offen und frech die elementarsten Rechtsgrundlagen der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Diese Gerichtsentscheidungen bedeuten die offene Durchbrechung der bestehenden Rechtsverhältnisse zwischen der deutschen Regierung und der Sowjetunion.

Die deutsche Regierung beschlagnahmt das Eigentum der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken zugunsten des verjagten Emigrantengeldes, zugunsten des abligen Wads vom Schloß des Fürsten Dolenski und des Prinzen Delgoruki.

Die sozialdemokratische Presse schweigt zu dieser räuberischen Mahnahme. Die sozialdemokratischen Minister, die in der Koalitionsregierung zusammen mit Stresemann den Interventionskrieg gegen den Sowjetstaat vorbereiten, unterstützen und begründen jeden Schritt, der die Beziehungen mit der Sowjetunion verschärft.

Die deutsche Klassenjustiz, die seit Jahren gegen die deutsche Arbeiterklasse wütet, begibt sich auf das Gebiet der internationalen Politik. Selbst in England hat man derartige antisowjetische Gerichtsentscheidungen nicht gewagt.

Das Urteil des Kammergerichts bildet die logische Ergänzung zur Bildung des Anti-Rußland-Komitees der deutschen Schwerindustrie und zum Beitritt der deutschen Großbanken zur imperialistischen Gläubigervereinigung. Die Gerichte der deutschen Republik wollen in ihrer maßlosen reaktionären Borniertheit die Eigentumsverhältnisse des seit elf Jahren geschmetterten Jarkismus „auf juristischem Wege“ restaurieren. Die deutsche Bourgeoisie muß das selbe auf militärischem Wege. Der neue deutsche Imperialismus kauft, acht Jahre nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs, abermals seine gepanzerte Faust gegen das Land der russischen Arbeiter und Bauern aus. Er bereitet offen den Wirtschaftskrieg vor.

Wieder mit der Kriegspolitik der deutschen Regierung und der deutschen Gerichte!

Die Arbeiter in den Betrieben müssen ihre Stimme zum Protest erheben.

Wir fordern die sofortige Zurücknahme des gerichtlich gestohlenen Eigentums der Sowjetregierung.

Fort mit dem preussischen Justizminister, mit dem Reichsjustizminister, mit dem Außenminister und der ganzen Koalitionsregierung, die für diesen kriegsverherrlichenden Streich verantwortlich sind!

Das Fürstengesindelel veranstaltet Giegesfeiern mit Gellgelage

Die sowjetrussische Kunstausstellung bei Duple wurde gestern nachmittags hatten sich 60 Emigranten um Einstweilige als gestern nachmittags hatten sich 60 Emigranten um einstweilige Verfügungen bemüht. Ein Gemälde wird von nicht weniger als drei früheren Aristokraten als ihr Eigentum reklamiert.

Gestern abend kamen die Herrschaften zur Feier ihres vorläufig gelungenen Handstreiches um Mitternacht zu einem „Wohltätigkeitsball“ im Hotel Esplanade zusammen, an dem der „Großfürst von Rußland“, Gabriel Romanow, als Gastgeber fungierte. Die Telegraphenunion meldet ausdrücklich, daß alle im Zusammenhang mit

der Russenauktion bei Duple Benannten anwesend waren. Champagner floß bei der Jubelfeier reichlich.

„Selbst der „Vorwärts“ steht sich gezwungen, darauf hinzuweisen, daß die groteske Situation entstehen würde, daß die deutschen Steuerzahler für den Fall, daß das Zivilgericht sich der Verfügung des Kammergerichts anschließen sollte, für die russischen Emigranten an die Sowjetregierung Schadenersatz zahlen müßten.

Im „Berliner Tageblatt“ gibt der Rechtsbeistand der Firma Duple, Rechtsanwalt Dr. Wagener, folgende Eingebenen zur Entscheidung des Kammergerichts bekannt:

„Die Entscheidung des Kammergerichts ist mit beratiger Pflanzigkeit ergangen, daß, obwohl der Senat erst gegen 10 Uhr seine Sitzungen beginnt, die Einstweilige Verfügung schon gegen 1 Uhr im Auktionshaus aufgestellt werden konnte. Was dies technisch bedeutet, kann nur der ermesen, der schon einmal versucht hat, in Berlin eine Einstweilige Verfügung zu erwirken. Daß die Entscheidung mit solcher Pflanzigkeit bis an den Empfänger gelangen konnte, beweist, wie kurz die Beratung darüber gewesen sein muß, denn der achte Senat hatte am gleichen Tage in seiner Sitzung das obliche Quantum von Projektverhandlungen und Entscheidungen zu erledigen. Trotzdem war gegen 1 1/2 Uhr der Präsident dieses Senats auf dem Kammergericht nicht mehr zu erreichen.“

Dr. Wagener weist dann darauf hin, daß bereits eine Reihe von Entscheidungen seitens deutscher und ausländischer Gerichte ergangen waren, die dem Antragsteller ungünstig waren, aber das Kammergericht begnügte sich in seiner Entscheidung mit zwei kurzen Sätzen. Das Landgericht II wiederum hat diese beiden Sätze wörtlich abgeschrieben, und in den 15 richterlichen Entscheidungen sind die Be-

Vom Tage

Der Preussische Landtag verlagte sich am Donnerstag bis zum 15. November.

Auf Grund der Mitteilungen Baldwin's im Unterhaus rechnet man in Londoner politischen Kreisen damit, daß im Mai 1929 die Parlamentswahlen stattfinden.

Das neueste amtliche Ergebnis der amerikanischen Wahlen in den 48 Staaten ergibt 18 261 870 abgegebene Stimmen für Hoover und 12 094 275 für Smith.

Titulescu ist vom Regenschafsrat mit der Bildung einer Konzentrationregierung beauftragt worden.

Der französische Staatspräsident setzte gestern seine Besprechungen mit den Parteiführern fort. Die Regierungsfrage ist noch ungelöst.

Die österreichischen tschechischen Heimwehren haben für den 12. November eine Kundgebung in Innsbruck geplant, an der 15 000 Heimwehleute aus Oesterreich teilnehmen sollen. Die Tiroler Landesregierung hat eine Gegenkundgebung der SPD. verboten.

Wie die Abendblätter aus Lissabon melden, hat der portugiesische Ministerpräsident den Gesamtsitz des Kabinetts überreicht.

Nach einer Meldung aus Mexiko wurde der Mörder Obregon's, Terac, gemäß dem Antrag des Anklagevertreters zum Tode und die Ronne zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

gründungen wörtlich voneinander abgeschrieben. Das sei ein Ansturm in der deutschen Rechtspflege.

Dr. Wagener erklärt zum Schluß, daß die Presse in der Aktion infolge der Besprechung in der ganzen Weltpresse und der internationalen Beteiligung nicht alle Tage hierher zu ergießen sind, und daß infolge der Einstweiligen Verfügungen Kaufaufträge zurückgezogen wurden, die in die Hunderttausende gehen.

SPD. stimmt gegen kommunale Unterföhrung der Ausgesperrten!

In der Stadtverordnetenversammlung von Frankfurt a. M. stellte die kommunalistische Fraktion folgenden Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die ausgesperrten resp. freilassenen Arbeiter im Ruhrgebiet an erste Rate in der Unterföhrung ihres Kampfes 50 000 Reichsmark zu überweisen.“

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion lehnte gemeinsam mit den Bürgerlichen diesen Antrag ab und brachte ihn dadurch zu Fall.

Das ist das wahre Gesicht der SPD!

Bankräuber in Trier

Blutiger Kampf mit der Polizei

11. Nov., 8. November. Am Donnerstagsvormittag wollte in einem kleinen Bankhaus in Trier ein gut gekleideter junger Mann Franken einwechseln. Als die Kassendame sich einen Augenblick entfernte, benutzte er die Gelegenheit, um eine größere Menge Banknoten aus der Kasse zu stehlen. Die zurückkehrende Kassendame bedrohte der Räuber mit dem Revolver und ergriff dann die Flucht. Zwei auf die Hilfe herbeigeeilte Polizeibeamte nahmen die Verfolgung des Räubers auf und konnten ihn schließlich in einem Garten stellen. Hier feuerte der Räuber auf die Beamten und tötete einen durch einen Schuß in die Stirn. Dem anderen Beamten gelang es, den Räuber durch einen Schuß in die Brust zu verletzen, so daß er zu Boden fiel. Inzwischen konnte auch ein Helfer des Bankräubers festgenommen werden.

Der Todeszug des Lavastromes

11. Nov., 8. November. Nach den hier vorliegenden Mitteilungen bringt die Lava mit unermindelter Stärke etwa drei Kilometer von Maccali nach Osten und Südosten gegen das Meer vor. Man versucht, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ein seitliches Abweichen möglich machen könnten. Durch einen seitlichen Arm des Lavastromes ist auch Giarre bedroht. Im Gegensatz zu früheren Ausbrüchen nimmt der Lavastrom eine schiefe Richtung ein. Es ist anzunehmen, daß der Ausbruch des Aetna diesmal wie in den Jahren 1910/11 und 1923 mehrere Wochen andauern wird. Am Donnerstag wurden die elektrischen Überlandleitungen, die die Östliche Siziliens mit Licht versorgen, von der Lava erreicht. Die Lichtversorgung muß nunmehr durch kleinere Kraftwerke und Leitungen erfolgen.

Als aus Blättermeldungen hervorgeht, hat der Ausbruch des Aetna bereits Menschenleben gefordert. In der Gegend von Maccali wurde eine ganze Familie von der Lava überrascht und konnte sich nicht mehr rechtzeitig retten. Ein altes Ehepaar, dessen Haus von der Lava bedroht wurde, suchte Rettung auf dem Dache. Die Rettung war aber nicht mehr möglich, da das Haus rasch von der Lava umschlossen wurde und in dem glühenden Lavastrom zusammenbrach. Viele Häuser wurden in der Nacht vom Lavastrom erreicht, doch konnten sich die Bewohner noch rechtzeitig retten.

Schwere Explosion in Amerika

15 Tote, 12 Verletzte

11. New York, 8. November. In Lynn im State Massachusetts ereignete sich in einer Schuhfabrik eine schwere Explosion, die den Ausbruch eines Großfeuers zur Folge hatte. Das Feuer griff im Handumdrehen auf die benachbarten Häuser über. Bisher wurden 15 Tote und 12 Verletzte geborgen.

Erotik und Spionage in der Etappe Gent von Heinrich Wandt

38 (Copyright by Agis-Verlag / Wien-Berlin.)

Hier ist also Gefahr im Verzuge! Videant consules! Zum deutschen Soldatenumgehört, daß der Mann für seinen Offizier eintritt und der Offizier für seinen Mann. Wohl es führt, wenn dieses Zusammengehörigkeitsgefühl gelodert, zeigen uns die Zustände beim ständigen Nachharn. Noch ist es Zeit, noch ist der Deutsche viel zu sehr Soldat, um aus seiner Kritik die Folgerungen zu ziehen. Deutsche Offiziere, hier wartet Euer eine große Aufgabe. Leicht ist sie nicht, das fühlen wir alle. Auch auf Euch lastet der Druck der drei Kriegsjahre, und oft habt Ihr die Mißstimmung der Mannschaften mitzutragen. Da liegt es nahe, in Stunden schließlichen Zusammenseins das Schwere auf Stunden vergessen zu wollen. Aber vergeht nicht, daß Ihr deutsche Offiziere seid, daß das Land mit Stolz auf Euch blicken will, daß Ihr Euren Untergebenen hehre Vorbilder sein sollt! Es handelt sich hier um eine Gefahr des langen Stellungskrieges. Sollten unsere Offiziere deren nicht auch Herr werden? Ich denke, der Hinweis auf besorgtem Herzen auf vorstehende Urteile wird unseren Offizieren zeigen, was auf dem Spiele steht, wird ihnen klar machen, wieviel es an ihnen liegt, die Mißstimmung unseres Volkes zu heben und den Kriegswillen wachzuhalten.

Das allein ist es, was mich bewegen hat, mit diesen Ausführungen an die Öffentlichkeit zu treten. Jede Standesrücksicht muß schweigen, wenn das Heiligste, was wir auf Erden haben, in Gefahr liegt.

Unterstützt!

(Der Name des Briefschreibers wurde von der D. O. L. bis jetzt verschwiegen.)

Armeekorpskommando 3

11a Nr. 907 geheim. N. O. Du., 12. 10. 1917.

Vertraulich!

Die Klagen über üppiges Leben der Offiziere kehren immer wieder.

Ich verweise in dieser Beziehung auf meine bereits ergangenen

Verfügungen, insbesondere auf die vom 22. 8. 17 11a

773 pers. und vom 25. 9. 17 11a Nr. 871 pers.

Alle höheren Vorgesetzten müssen ihren ganzen Einfluß geltend

machen, daß derartige Klagen verstummen.

Es läßt sich nichts dagegen sagen, wenn nur nicht die ge-

heuerte Kost der Magazinvorhaltung für den Offiziersmittagstisch

durch Ankauf von Lebensmitteln zu verbessern, solange sie eine einfache bleibt und die Mannschaften hierdurch in ihren Anläufen bei den Markenderen nicht behindert werden. Es muß den Mannschaften aber auch klargemacht werden, daß solche Verbesserung infolgedessen nicht zu ihrem Nachteil geschieht.

Auch gegen das Schließen von Lebensmitteln nach Hause für den Bedarf der eigenen Familie ist, solange es in den vorgeschriebenen Grenzen bleibt, nichts einzuwenden.

Unter keinen Umständen dürfen aber Mannschaften, auch nicht Burtschen, lediglich zu solchen Zwecken nach Hause geschickt werden.

Gerade dieser Punkt erregt ganz besondere Mißstimmung unter den Mannschaften.

Daß die Markenderen für Offiziere und Soldaten in gleicher Weise vorhanden sind, und letztere nicht benachteiligt werden dürfen, ist selbstverständlich. Ich bin auch überzeugt, daß dieses seitens der Offiziere nicht geschieht, und, wo es dennoch geschehen sollte, von der Leitung der Kompanie bzw. den Kommandeuren nicht gebuldet wird.

Der Oberbefehlshaber von Einem.

Kriegsgerichtsrat Dr. Lent

Staatsanwalt Dr. Bent aus Koblenz war neben dem Vorsitzenden Dr. Hanft und dem Rechtsanwält Rey der Dritte im „Dreimännerkollegium“ der Kriegsgerichtsrate, das im Bereich der Etappenkommandantur Gent gegen Soldaten und Belgier die Untersuchung führte und den Ankläger machte.

Er nahm es mit seinem Dienste immer sehr genau, wenn es sich um Landeseinwohner oder gewöhnliche Ruschloten handelte. Da zeigte er sich stets als der richtige preussische Staatsanwalt, der die als Feldkriegsrichter amtierenden Offiziere ordentlich scharf machte.

Er war es auch, der einen alten ehrlichen Landsturmmann wegen „Diebstahls“ zu mehreren Tagen Gefängnis verurteilte.

Dieser „Verbrecher“ hatte nämlich einen ganzen Wagen voll Weine, die für den Oberleutnant von Wid und seine Palatine bei den Belgiern „requisitiert“, d. h. gestohlen, worden waren, nach der Kommandantur zu bringen.

Das tat er auch bis auf drei Flaschen, die er aus Gutmütigkeit an vier arme und ausgehungerte Frontsoldaten vertheilte, die in zerlumpter Uniform, müde und abgemagert und mit verärgerten Miene zuschauten, wie er am Hinterspärtchen der Kommandantur in der langen Reihe den reichen Weinsegen abgab, der die faulen Etappenherren erquiden sollte.

Aber was bei diesem mitfühlenden Landsturmmann als „Dieb-

stahl“ angesehen und darum mit Gefängnis geahndet wurde, war bei Kriegsgerichtsrat Dr. Lent eine rechtmäßige Selbstverständlichkeit, wenn aus beschlagnahmten Weinen Geschenke an ihn gemacht wurden.

Das schien ihm nicht mehr als billig.

Darum war er auch eines Tages furchtbar wütend, als der Bizefeldwebel Rabden, der in dem Hause in der Dovesbruggenstraße, das Dr. Lent bewohnte, ein großes eingemauertes Weinlager enthielt und beschlagnahmte, vorchristlich handelte und den ganzen Vorrat von aufgefundenen Weinen, Sekt und Likören nach dem Magazin verbringen ließ, ohne ihn zu bedenken.

Er nannte Rabden gewissenhaftes und einwandfreies Handeln scheltend „unverschämte“ und telephonierte in dieser Angelegenheit mehrfach mit dem Leutnant Doarmann, der des Bizefeldwebels nächster Vorgesetzter war, um einen Teil der beschlagnahmten Herrlichkeiten für seinen Privatgebrauch geschenkt zu erhalten.

Und der „schlanke Emil“, der sich den Herren gerne gefällig zeigte, und noch lieber seine Kufe hatte, war menschenfreundlich genug, um seinem Untergebenen Rabden, wenn auch nicht zu befehlen, so doch dringend anheimzustellen, aus den beschlagnahmten Vorräten ungefähr hundert Flaschen zu entnehmen und dem Kriegsgerichtsrat Dr. Lent zu schenken.

Obwohl Rabden wußte, daß ihn der gestrenge Staatsanwalt auf Grund eines solchen Geschenkes nicht „wegen Diebstahls“ belangen und verurteilen würde, wie den alten Landsturmmann, so war er doch nicht so freigebig.

Dr. Lent erhielt nur neun Flaschen von ihm überwiesen und mußte sich damit abfinden. Aber den Rabden hatte er von da an gefressen!

Im übrigen war Kriegsgerichtsrat Dr. Lent „der Mann mit dem Thermometer“. Er führte dieses Instrument bei Tag und Nacht bei sich und hatte es bei allen Amtshandlungen und Maßhalten in der Schlüsselhöhle oder einem noch weniger appetitlichen Ort stecken.

Hundertmal zog er es am Tage aus diesem Versteck heraus und hielt es ängstlich prüfend ans Licht. Zeigte es dann wirklich einmal eine kleine Variation nach oben, so fühlte er sich schwer krank, wankte nach Hause und legte sich ins Bett.

Damit dieser weisen Vorsicht überstand er trotz allem die Strapazen des schweren Etappenendienstes in heißer Gesundheit, und selbst den aufregenden Augenblick, in dem ihm Erzengel von Ungar das Eisene Kreuz auf die Helmbreite heftete. (Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: für den politischen Teil Herr Kommandant, für den militärischen Teil Herr Oberstleutnant, für den wirtschaftlichen Teil Herr Oberstleutnant, für den kulturellen Teil Herr Oberstleutnant, für den sportlichen Teil Herr Oberstleutnant, für den gesundheitlichen Teil Herr Oberstleutnant, für den anderen Teil Herr Oberstleutnant.

Heute heraus

Revolutionfeier

im „Edelstein“, Waldenburg. Beginn 19 Uhr. Referent: Genosse Arthur Dombrowski, Breslau.

Altwasser. Heraus! Freitag, den 9. November, sammeln sich alle Parteigenossen um 19 Uhr beim „Weissen Roß“ zur Kundgebung im „Edelstein“ in Waldenburg.

Reichskontrolle. Sonnabend, den 10. November, von 17 bis 21 Uhr, im „Eisernen Kreuz“, findet die Reichskontrolle statt. Alle Genossen und Genossinnen müssen sämtliche Mitgliedsbücher der Organisationen mitbringen, in denen sie organisiert sind. Wer nicht zur Reichskontrolle erscheint, scheidet aus der Partei aus!

Gemeindevorstellung in Konradsthal. In der am 8. November stattgefundenen Sitzung wurde ein Wechselkredit von 20.000 Mark genehmigt. Die Aufnahme einer Hypothek von 20.000 Mark auf das Sechzehnfamilienhaus wurde ebenfalls einstimmig beschlossen. Die Kosten für Kanalisierung im niederen Vorsteil und Wegeausbau im Oberdorf wurden nachträglich bewilligt. 475 Mark Ausgaben, die während des Bergarbeiterstreiks durch Verteilung von Gutscheinen an Streikende entstanden, wurden einstimmig nachbewilligt. Es wurde vorgeschlagen, die Wohlfahrtskommission nachprüfen zu lassen, wo wirklich Bedürftigkeit vorliegt, und wo die Rückerstattung angebracht wäre. Genosse Schubert bezeichnete das als schwere Arbeit, da alle Bergarbeiter als bedürftig anzusprechen sind. Schließlich beschloß noch die Vertretung einstimmig, den Einwohnern mit einem Einkommen unter 100 Mark, also allen Sozialrentnern, die Grundvermögenssteuer zu erlassen.

Revolutionfeier in Wüstegiersdorf. Sonntag, den 11. November, 19.30 Uhr, geben „Die Trommler“ in der „Sonne“ ihr erstes Gastspiel in Wüstegiersdorf. Im ersten Teile ihres Programms geben sie Szenen aus der russischen Revolution, im zweiten Teil Szenen über die politischen Tagesfragen, gewürzt mit Wit und Satire. Karten im Vorverkauf bei den Funktionären für 70 Pfennig, an der Kasse für 80 Pfennig.

Achtung, KAM- Kameraden! Sonnabend 16 Uhr in der „Sonne“ Kameradschaftsversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert reifliches Erörtern der Kameraden. — Abrechnung des Kartenverkaufs zur Revolutionfeier. Der Eintrittskarten zum Vorverkauf hat, muß diese Sonntag in der Zeit von 10 bis 12 Uhr in der „Sonne“ bei Kamerad Franz abrechnen.

Freiburg

„Der Entlassungsautomat der Uhren-Aktiengesellschaft“

(Agentur des Schwarzwaldbergens.) (Sonderem Betriebsberichterstattung.) Die allmähliche Auflösung der Agentur des Schwarzwaldbergens der Vereinigten Uhren-Aktiengesellschaft in Freiburg befindet sich in der ersten Etappe. Die Firma versuchte schon vor dem Arbeitsgericht einmal zu beweisen, daß ihr Betrieb ein Saisonbetrieb sei. Diesmal aber, da Weihnachtsgeschäft Hochkonjunktur bedeutet, will es mit dem Saisonbetrieb gar nicht stimmen. Anstatt in der guten Konjunktur, die ein Weihnachtsgeschäft mit sich bringen soll, soll beschäftigt zu sein, arbeitet die Belegschaft in einzelnen Abteilungen verkürzt, sogar schon drei Tage. In den letzten Tagen sind ohne die vorher stattgefundenen Entlassungen wieder 30 Entlassungen ausgesprochen worden. Informierte Kreise sprechen schon davon, daß weit größere Arbeiterentlassungen noch bevorstehen.

Die Ausrede der Firma lautet, die Löhne seien zu hoch, überall seien zuviel Leute. Trotzdem nachweislich in einzelnen Abteilungen kein Arbeitsmangel vorliegt, wird verkürzt gearbeitet. Die Auswirkungen der Rationalisierung sind geradezu verheerend für die weitere Existenz der Arbeiterschaft. Die Dividendenpolitik der „Müller und Gen.“ bildet den Grundpfeiler, um die Arbeiterschaft der Hungerweiche auszuliefern.

Besonders macht sich Herr Hallisch wichtig. Dieser Herr, der über jezt mangelhafte praktische Erfahrungen verfügt, ist ein wichtiger Sekretär des Herrn Direktors Mansberger. Hallisch hat nur die Aufgabe, bei der Arbeiterschaft zu schnüffeln und im Zeichen der Vertuschung das Letzte aus der Arbeiterschaft herauszupumpen. Es zeigt sich, daß die Vertuschung für die Uhrenarbeiterschaft immer schlechtere Erfahrungen bringen wird. Nicht umsonst hat man in den Versammlungen der Metallarbeiter bereits darauf hingewiesen, daß durch die Fusion der größten Uhrenbetriebe von Freiburg und dem Schwarzwaldberg der Uhrenarbeiterschaft in Freiburg nur Nachteile gebracht werden. Hinzu kommt noch die verachtete Handelsvertragspolitik der deutschen Regierung gegenüber Polen, die einen Teil der Uhrenindustrie zum Erliegen bringt. Welche Stellung wird die Freiburger Geschäftswelt zu dieser Entwicklung nehmen, denn sie ist ja auf das Einkommen der Arbeiterschaft angewiesen. Hier werden sie den Generaldirektor Dr. Bühler zur Rechenschaft ziehen müssen, auch die Gemeindepolitik der Stadtväter von Freiburg in den früheren Jahren wird jetzt befragt.

Es ist höchste Zeit, daß die Belegschaft der Vereinigten Uhren-Aktiengesellschaft sich aufrafft, um den Kampf gegen diese Rationalisierungsmaßnahmen aufzunehmen. Dazu gehört nicht nur die revolutionäre Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft, sondern auch der Kampf gegen die Koalitions- und Zuspitzung, deren „Arbeiterfreundlichkeit“ die Proleten täglich in Gestalt erhöhter Preise und gesunkener Lebenshaltung am eigenen Leibe spüren.

Revolutionfeier. Am Sonnabend treffen sich alle Genossen, Kameraden und Zeitungslieferer mit ihren Angehörigen im „Blücher“. Dasselbe begehrt die revolutionäre Klassenbewußte Arbeiterschaft ihre Revolution zu feiern, bestehend in Konzert, Theater und Kampfe. Zur Aufführung gelangt das dreitägige Drama „Die rote Fahne“. Auf Grund der bisher stattgefundenen Theateraufführungen kann auch hier behauptet werden, daß ein gauziger Abend bevorsteht. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pfennig. Beginn 19.30 Uhr. Genossen, erachtet reiflos, bringt Sympathisierende mit.

Schweidnitz

Über den Ort. Der Rentenempfänger Rudowski glitt im Ganje Scherplatz 10 auf der Treppe aus und stürzte ab. Er wurde lebensgefährlich verletzt und starb an den erlittenen Verletzungen.

Striegau

Einen tödlichen Ausgang nahm eine im benachbarten Striegau stattgefundene Schlägerei, bei der der in den vierziger Jahren stehende Arbeiter Julius Schmidt schwer verletzt wurde. Dieser ist nunmehr seinen schweren Verletzungen erlegen.

Landeshut

Raffenerentlassungen in den Landeshuter Webereien

Folgen kapitalistischer Rationalisierung. Arbeiterentlassungen in größerer Zahl nimmt nun wieder die der Firma Schleifische Textilwerke Methner & Frahuo A.-G. gehörende Seidenweberei vor, indem die dritte Schicht eingestellt wird. Wie wir erfahren, sind circa 80 Räumlichkeiten erfolgt. Zu gleicher Zeit führen die Firmen Schleifische Textilwerke und Albert Hamburger das Drei- und Vierkühlsystem ein, und zwar mit beträchtlichen Lohnkürzungen. Von Seiten der Organisationsvertreter und der Anhänger der „Brotkrumenpolitik“, ob Freie, Christen oder Kirche, wird nichts unternommen, um die Arbeiter gegen Willkür und Rationalisierung zu schützen.

Liebau

Für die Kirche werden Mittel bewilligt, die Erwerbslosen erhalten nicht

Nach längerer Pause tagte am 6. November die Stadtkonferenz der Arbeitervereine. Die Tagesordnung umfaßte drei Punkte. Zu 1. wurden Kaufmann Blau als Bezirksvorsitzer für den ersten und Schuhmachermeister Schubert für den zweiten Bezirk und als Stellvertreter Gastwirt Gellrich und Sattlermeister Hellwig gewählt. Ferner wurde Stellmachermeister Geißler als Schiedsmann für den ersten Bezirk gewählt. Als dritter Punkt lag die Vorlage „Kostenernahme für die Reparatur der katholischen Kirche“ vor. Der Magistrat hat in seiner Sitzung beschlossen, die Gelder für die Kirchenreparatur zu bewilligen. Auch die beiden

Görlitz

Vorrunde zur Kreismeisterschaft im Fußball. Am kommenden Sonntag finden die ersten Vorrundenspiele zur Fußballmeisterschaft des 14. Kreises statt. In Görlitz stehen sich der 2. Bezirk, Wader-Görlitz und der 5. Bezirk, Vorwärts-Hagnau, gegenüber. Das Spiel findet um 14.30 Uhr auf dem Friedrichsplatz statt. Da am gleichen Tage auch die bürgerlichen Sportverbände ein größeres Spiel ausgetragen haben, ist es die Pflicht aller Arbeiter, durch Massenbesuch ihre Klassengenossen zu unterstützen, damit auch die Arbeiter, welche noch im Lager des bürgerlichen Sports stehen, den Weg zu der Arbeiterportbewegung finden.

Lauban

Explosion beim Physikunterricht. Als der Landwirtschaftsdiplomlehrer Jürgen in Physikunterricht Wasserstoffgas entwickelte, zerplatzte plötzlich der Gasbehälter. Der Lehrer erlitt Verletzungen im Gesicht und an den Händen.

Hagnau

Ein betrügerischer Pferdehändler. Auf dem hiesigen Pferdemarkt verkaufte der Pferdehändler Hiller aus Weiskauer O.-L. ein Pferd, von dem er auf Befragen nachdrücklich erklärte, es sei durchaus gesund und kein Schläger. Das Schöffengericht, vor dem er jetzt stand, hielt nach Vernehmung einer Reihe von Zeugen für erwiesen, daß er wissen mußte, daß das Pferd in keiner Weise den vom Käufer gestellten Anforderungen entsprach. Da der Käufer bei dem unerfassen Kauf betrügerisch geschädigt wurde, erkannte das Gericht auf sechs Monate Gefängnis.

Liegnitz

7000 Mark Amtsgelder unter 6, ugen In sieben Jahren eine Revision bei der Steuerklasse!

Vor überfülltem Zuhörerraum fand vor dem Großen Schöffengericht die Verhandlung gegen den der schweren Amtsentlassung angeklagten, jetzt 45jährigen, verheirateten sächsischen Polizeibeamten August Klann statt. Nachdem er bis zum Jahre 1922 sächsischer Polizeibeamter gewesen war, wurde er sächsischer Polizeibeamter und hatte für die Steuerhauptkasse und zwei Bezirke der Steuernebenkasse die rückständigen Steuern einzuziehen. Im Jahre 1928, also nach sieben Jahren, wurde man am 19. April bei der ersten Revision auf ihn aufmerksam. Am 3. Mai schrieb er dann einen Brief an den Oberbürgermeister, in dem er mitteilte, er habe in der letzten Zeit nicht zu erklärende hohe Geldverluste. Frühere Fehlbeträge habe er aus seinem Gehalt gedeckt. Seinem ganzen Charakter und seinen Kenntnissen nach passe er nicht zum Polizeibeamten. Er sei immer unglücklicher geworden, und am 7. Mai betrage sein Fehlbetrag über 7000 Mark, die er nicht decken könnte, aber auch nicht unterschlagen habe. Wegen Krankheit möge man ihn zunächst vom Dienst entschuldigen, bis ihn der Arzt wieder gesundschreibe. Er sei bereit, den Fehlbetrag zu decken, und man möge ihm monatlich 100 Mark abziehen. Weiter ließ er seiner Frau mitteilen, er habe am 6. Mai bei einem Fest der Vereinnigung ehemaliger Militärmusiker, der er angehörte, in Schönau 7000 Mark „verloren“. Das Geld habe er auf den Auszug mitgenommen, damit es ihm in seiner Abwesenheit zu Hause nicht gefohlen werden. Schließlich gab er aber zu, nur etwa 5500 Mark verloren, den Rest aber unterschlagen zu haben. So wurde er am 12. Mai in Untersuchungshaft genommen. Bei der Untersuchung verwickelte er sich in Widersprüche. Vor dem angeklagten Verlust war er gefragt worden, wieviel eingenommene Gelder er abzuliefern hatte. Er hatte 25 Mark angegeben, während er in Wirklichkeit nach den von ihm schon eingeleiteten Quittungen 7367,20 Mark hätte abliefern müssen. Am die Untersuchungen zu betreiben, hat er eingenommene Steuer-Teilbeträge auf den Quittungen nicht vermerkt, wie es üblich war, und falsche Eintragungen in das Gehaltsbuch gemacht. Das Verhörbuch soll er unterschrieben haben. Wo die großen unterschlagenen Beträge verwendet wurden, ließ sich nicht ganz klären, doch mußte der Angeklagte, der ein Monatsgehalt von 385 Mark

Jeder Genosse

kann mitteilen, die Reichskontrolle schnell und reiflos durchzuführen, wenn er sofort (spätestens bis 15. November) sich an keine Prüfung macht.

sozialdemokratischen Ratsherren haben dieser Vorlage zugestimmt. Ein Gesetz, welches aus dem Jahre 1890 besteht, besagt angeblich, daß, wenn die Kirche die Kosten aus eigenen Mitteln nicht aufbringen kann, die Stadt verpflichtet ist, ein Drittel der Kosten zu übernehmen. Und auf diesen verfaulenden Paragraphen stützen sich die Magistratsmitglieder. Genosse Albrecht wandte sich scharf gegen die Bewilligung der Mittel, die von Steuergelehrten der Proleten aufgebracht werden müssen. Dem Magistratsantrag wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen zugestimmt. Dem nächsten Punkte zeigte sich das Wahre Gesicht der bürgerlichen und christlichen Arbeitervertreter. Durch Genossen Albrecht wurden zwei Dringlichkeitsanträge der Erwerbslosen, welche eine Arbeitsnachhilfe und eine Zulage an Naturalien fordern, eingebracht. Die Erwerbslosen hatten in einer am selben Tage abgehaltenen Versammlung zu dieser Frage Stellung genommen. Seit August sind bereits mehrere Anträge eingereicht worden, die aber jedesmal beim Magistrat beerdigt wurden. Die empörten Erwerbslosen waren daher in großer Zahl auf der Zuhörerbühne erschienen. Genosse Albrecht verlangte die sofortige Erledigung der beiden Anträge und betonte, daß, wenn dieselben dem Magistrat überreicht würden, sie dasselbe Schicksal erleiden würden wie die vorhergegangenen. Der Antrag wurde mit 9 Stimmen abgelehnt. Dem Magistrat zur Weiterberatung überwiesen. Die anwesenden christlichen Arbeiter überzeugten sich davon, wie sie von ihren Vertretern (Selbe und Krause) schmählich im Stich gelassen wurden. Auch ihnen wird es einleuchten, daß es nur die Kommunisten sind, die die Interessen der breiten Massen vertreten. Auf der einen Seite bewilligt diese Gewerkschaft 1200 Mark für Kirchenreparaturen, doch für die Erwerbslosen hat sie nichts übrig, trotzdem die Not derselben von Tag zu Tag wächst und feinerlei Mittel für die dringendsten Anschaffungen im Winter vorhanden sind. Zum Schluß wurde noch von unserem Genossen das Verhalten des Baumeisters Stodert genügend gebrandmarkt. Der öffentlichen Sitzung schloß sich eine geheime an, welche noch zwei Punkte erledigte.

Bolkenhain

Schadenfeuer. Nachts brannte in Wederau die dem Stellenbesitzer Erdmann gehörige Scheune und Stallung nieder. Sämtliche Maschinen, Wagen, Ernte- und Heuvorräte fielen den Flammen zum Opfer. Das Vieh wurde gerettet. Der Besitzer ist nur niedrig versichert.

Niederschlesien

hatte, das sich durch Nebeneinnahmen auf rund 500 Mark erhöhte, viele Neuanschaffungen für die Wohnung, kaufte sich teure Jagdwaffen, einen Gehpels, ein Harmonium, ein Motorrad usw. Der Staatsanwalt beantragte wegen schwerer Amtsentlassung unter Zuhilfenahme milderer Umstände drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Das Urteil lautete auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft in Höhe von rund sechs Monaten wird voll angerechnet. Der Haftbefehl wegen Fluchtverdachts wird aufrechterhalten. Einem Antrag auf Gewährung der Strafaussetzung wurde nicht entsprochen. Das Gericht billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu, da das unglückliche Kontrollsystem mit einer Revision in sieben Jahren nicht ausreichend gewesen sei und zur Veruntreuung geführt habe.

Doppelselbstmord eines Liebespaars

Seit zwei Tagen wurde der 21 Jahre alte Klempner Heinz Jäschke und die 20 Jahre alte Hausangestellte Emma Bohms vermisst. Die Kriminalpolizei stellte Nachforschungen auf dem Grundstück der Andersons Villa in der Jauer Straße, wo Jäschke wohnte, an. Den Beamten fiel dabei im Keller der intensive Gasgeruch auf, der aus einem mit einem eisernen Deckel verschlossenen Schacht krante. Die Feuerwehr öffnete den Deckel und fand das Liebespaar auf dem Boden des Schachtes liegend auf. Jäschke hatte mit einem Spiralschneider die Gasleitung angebohrt und den Deckel geschlossen.

Glogau

Die Glogauer „alte Tante“ hat wieder einmal ihr Herz erleichtert. Sie schimpft nämlich über die „Theorie der deutschen Kommunisten und die Praxis der russischen“. In Deutschland sind die Kommunisten gegen Panzerkreuzer. Moskau läßt einen Kreuzer anlässlich des Revolutionstages von Stapel. Wenn sie einige Tage vorher vom antihörschwemistischen Ring um Sowjetrußland schwatzt, so muß sie den Lesern sagen, daß sich die russischen Arbeiter und Bauern mit denselben Mitteln wehren müßten, mit denen man sie niederzuschlagen versucht. Wir nehmen an, daß in der Redaktion der „alten Tante“ der Bolschewikensolter herrscht. Es kommt ihnen bloß darauf an, die Leser in Dummheit zu erhalten, sie vom Klassenkampf abzulenken und gleichzeitig für den Krieg gegen Sowjetrußland gefügig zu machen. Werkstätige von Stadt und Land, merdet diese! Blat. Lebt die „Arbeiter-Zeitung“. Reicht euch um so mehr in die rote Klassenfront ein, zur Verteidigung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates: Sowjetrußland.

Ein schweres Schadenfeuer vernichtete die große massive Scheune des Gutbesizers Albert Stephan in Kopenuschel. Diese war mit Erntevorräten, ungedroschenem Getreide und landwirtschaftlichen Maschinen dicht gefüllt.

Aus dem Riesengebirge

Revolutionfeier in Strichberg

Sonnabend, den 10. November, 20 Uhr, im „Berliner Hof“ Revolutionfeier. „Die Trommler“ aus Breslau spielen. Genosse Arthur Dombrowski aus Breslau hält die Ansprache. Kassenöffnung um 19 Uhr. Alle Arbeiter von Strichberg sind herzlich eingeladen.

Achtung! Strichberger Parteimitglieder! Sonntag, den 11. November, von 10 bis 13 Uhr, findet bei dem Genossen Kirchner, Sechshäute 43, die Reichskontrolle statt. Jeder Genosse wird verpflichtet zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Bis zum 15. November muß die Reichskontrolle durchgeführt sein.

Haftentlassung. Von den beiden Brüdern, die wegen des Anschlages auf den Reichswehrsoldaten Herrmann in Untersuchungshaft genommen worden waren, ist der ältere, der Fleischer Gustav Franz wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Briefkasten

Görlitz. Hr. Warum kommen keine Berichte mehr?

Achtung! Kolporteur gesucht!

Für die Stadt Waldenburg wird sofort ein tüchtiger und zuverlässiger Kolporteur gesucht. Meldungen an die Unterbezirksleitung Waldenburg oder an den Verlag erbeten.